



POLIZEI
BERLIN

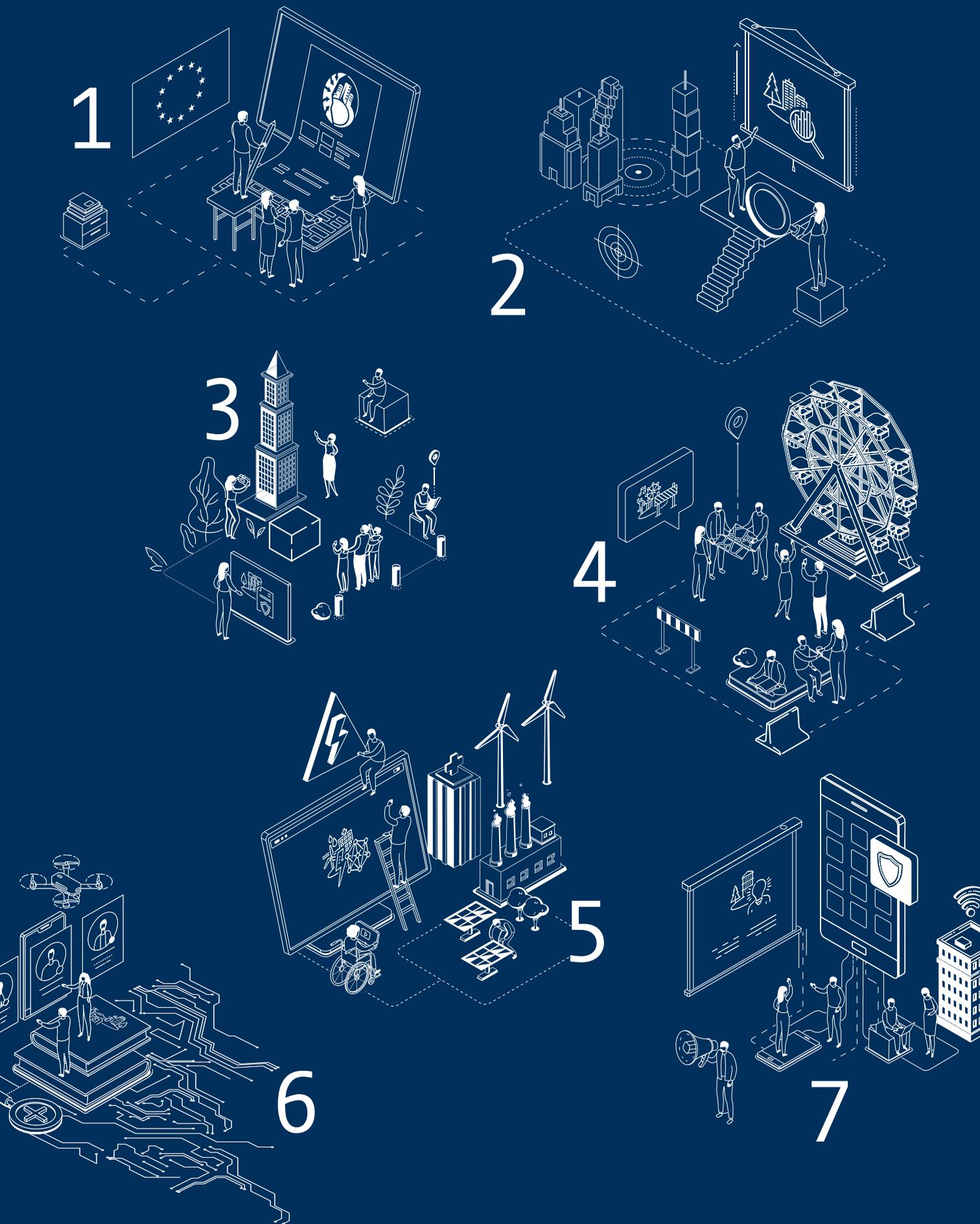


SafeCi
Safer Space
for Safer Cities

KURZFASSUNG

Europäische Handlungsempfehlungen zum Schutz öffentlicher Räume gegen terroristische Anschläge





Inhalt

VORWORT	5
PROJEKT Konsortium	6
KAPITEL 1 Safer Space for Safer Cities – ein europäisches Sicherheitsprojekt	9
KAPITEL 2 Risiko- und Gefährdungsbewertung für öffentliche Räume	15
KAPITEL 3 Bauliche Sicherung öffentlicher Räume gegen terroristische Anschläge	25
KAPITEL 4 Veranstaltungsschutz im öffentlichen Raum	35
KAPITEL 5 Der Schutz kritischer Infrastruktur	45
KAPITEL 6 Innovative Ansätze zum Schutz öffentlicher Räume	53
KAPITEL 7 Sensibilisierungsstrategien zum Schutz öffentlicher Räume	67
GLOSSAR	79
ANHANG Bildnachweise, Impressum	82



Die Welt wird immer turbulenter. Die allgemeine Sicherheit scheint stärker als jemals zuvor auf dem Spiel zu stehen. SafeCi hat Polizeikräfte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Akteure der unterschiedlichsten Disziplinen zusammengebracht. Die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit sind ein Handbuch, ein vitales Netzwerk sowie daraus entstandene enge Kontakte. Sie stehen zugleich für eine bestens funktionierende europäische Zusammenarbeit. Vielen Dank an unsere Partner.

Dr. Barbara Slowik, Polizeipräsidentin Polizei Berlin

Deutschland

Vorwort

Ganz Europa hat seit Mitte der 2000er Jahre wiederkehrende Schockmomente erlebt, in denen eine große Weltöffentlichkeit die Verletzlichkeit der freiheitlich-demokratischen Staatssysteme der westlichen Gesellschaften erfahren hat. Die Anschläge auf unsere Metropolen haben für tiefe Betroffenheit und vielfältige Reaktionen in der Sicherheitsarchitektur europäischer Nationen gesorgt. Europas öffentliche Plätze sind heute Ziel von Terroranschlägen unterschiedlichster Art – sie sind ungeschützt und frei zugänglich für alle. Die europäischen Polizei- und Sicherheitsbehörden stehen vor derselben Herausforderung: unsere Bürgerinnen und Bürger wirksam vor Gewalt und Angriffen zu schützen, ohne die Lebensqualität und das Lebensgefühl zu sehr einzuschränken. Als die Idee für das Projekt „Safer Space for Safer Cities“ (SafeCi) Gestalt annahm, waren wir fest entschlossen, für unsere demokratischen Werte einzustehen und unseren Beitrag zu leisten, die Sicherheit in unseren Städten vor dem Hintergrund aktueller Bedrohungen zu wahren.

In diesem Ziel vereint, ist es uns gelungen, ein multinationales und interdisziplinäres Projektteam, bestehend aus erfahrenen Polizistinnen und Polizisten, Fachexpertinnen und Fachexperten sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, zusammenzustellen. In dieser Gemeinschaft konnten vielversprechende Lösungsansätze in den Partnerstaaten betrachtet, diskutiert und analysiert werden: Technisches Fachwissen, polizeiliche Erfahrung, wissenschaftliche Konzepte, kommerzielle Angebote und unterschiedlichste Herangehensweisen flossen in die gemeinsame Arbeit ein bzw. wurden berücksichtigt.

In einer immer komplexer werdenden Welt müssen wir unsere Kompetenzen bündeln, uns zusammenschließen und transnational denken. SafeCi hat das vorhandene Know-how strukturiert und gibt einen umfassenden europäischen Überblick. Somit leisten wir einen wirkungsvollen Beitrag zum Schutz öffentlicher Räume. Dabei weisen wir keinen eindimensionalen Lösungsweg. Vielmehr geht es uns in diesem Handbuch darum, die Vielfalt der Optionen und Perspektiven abzubilden – wohlwissend, dass angesichts der dynamischen technischen Entwicklung nicht jeder Aspekt in Gänze betrachtet werden kann.

Im März dieses Jahres traf die Corona-Pandemie auf die Welt im Großen und unser Projekt im Kleinen: Seither sind wir Teil einer nie zuvor erfahrenen Ausnahmesituation, die uns allen in besonderem Maße vor Augen führt, wie wichtig der öffentliche Raum für unser Zusammenleben und unsere Demokratie ist. Plötzlich waren öffentliche Plätze menschenleer, Selbstverständlichkeiten des sozialen Lebens waren genommen. Reisen waren nicht mehr möglich, der Austausch in einem internationalen Team war deutlich erschwert – und doch haben wir unser Ziel nie aus den Augen verloren.

Das Ergebnis aller Beteiligten liegt nun vor: europäische Handlungsempfehlungen zum Schutz öffentlicher Räume gegen terroristische Anschläge. Wir sind optimistisch, damit wichtige Impulse für eine erfolgreiche Sicherheitsarbeit zum Schutz des öffentlichen Raums innerhalb Europas geben zu können, und freuen uns, wenn europäische Polizei- und Sicherheitsbehörden unsere gesammelten Praxisbeispiele für ihre Arbeit nutzen.

Rechtliche, politische, gesellschaftliche und kulturelle Bedingungen werden letztlich definieren, welche schützenden Maßnahmen in den einzelnen Staaten umsetzbar sind. Diese Schutzwirkung beginnt in den Köpfen einer Gesellschaft und ihrer Verantwortungsträgerinnen und -träger. Grundvoraussetzung ist das Mindset: Sicherheit muss gewollt sein, hat jedoch in vielerlei Hinsicht – sei es monetär, ästhetisch oder emotional – ihren Preis. Wenn wir Sicherheit wollen, ist vieles möglich. Die Balance kann jede Gesellschaft nur individuell für sich ausverhandeln und finden.

Wir danken allen Mitarbeitenden sowie Partnerinnen und Partnern für ihr außerordentliches Engagement und ihre Flexibilität. Unsere gemeinsame europäische Reise ist nicht zu Ende – wir sind jetzt stärker vernetzt und bestreiten zukünftige Wege gemeinsam.

Stefan Majchrzak und Mario Hornig
Projektleiter SafeCi

Das Projektkonsortium setzt sich aus insgesamt zehn internationalen Partnern zusammen, die in der nachfolgenden Übersicht kurz vorgestellt werden.



	Zuständigkeit	Personalstärke	Jahresbudget
An Garda Síochána	national	18031	1,5 Mrd €
Irland			

Police Locale

Police Bruxelles-Capitale-Ixelles	lokal	2636	240 Mio €
Belgien			



Policie České republiky	national	49700	ca. 1,7 Mrd €
Tschechische Republik			

POLIISI

Helsingin poliisilaitos	lokal	1690	123 Mio €
Finnland			

.LPD REPUBLIK ÖSTERREICH LANDESPOLIZEIDIREKTION WIEN

Landespolizeidirektion Wien	lokal	6400	600 Mio €
Österreich			



	Zuständigkeit	Personalstärke	Jahresbudget
Police Lëtzebuerg	national	2400	240 Mio €
Luxemburg			

POLÍCIA SEGURANÇA PÚBLICA

Polícia de Segurança Pública	national	22377	800 Mio €
Portugal			

Polisen

Polismyndigheten Police Region Stockholm	lokal	7200	508 Mio €
Schweden			



Guardia Civil	national	80000	3 Mrd €
Spanien			

POLIZEI BERLIN

Polizei Berlin	lokal	26000	1,5 Mrd €
Deutschland			

”

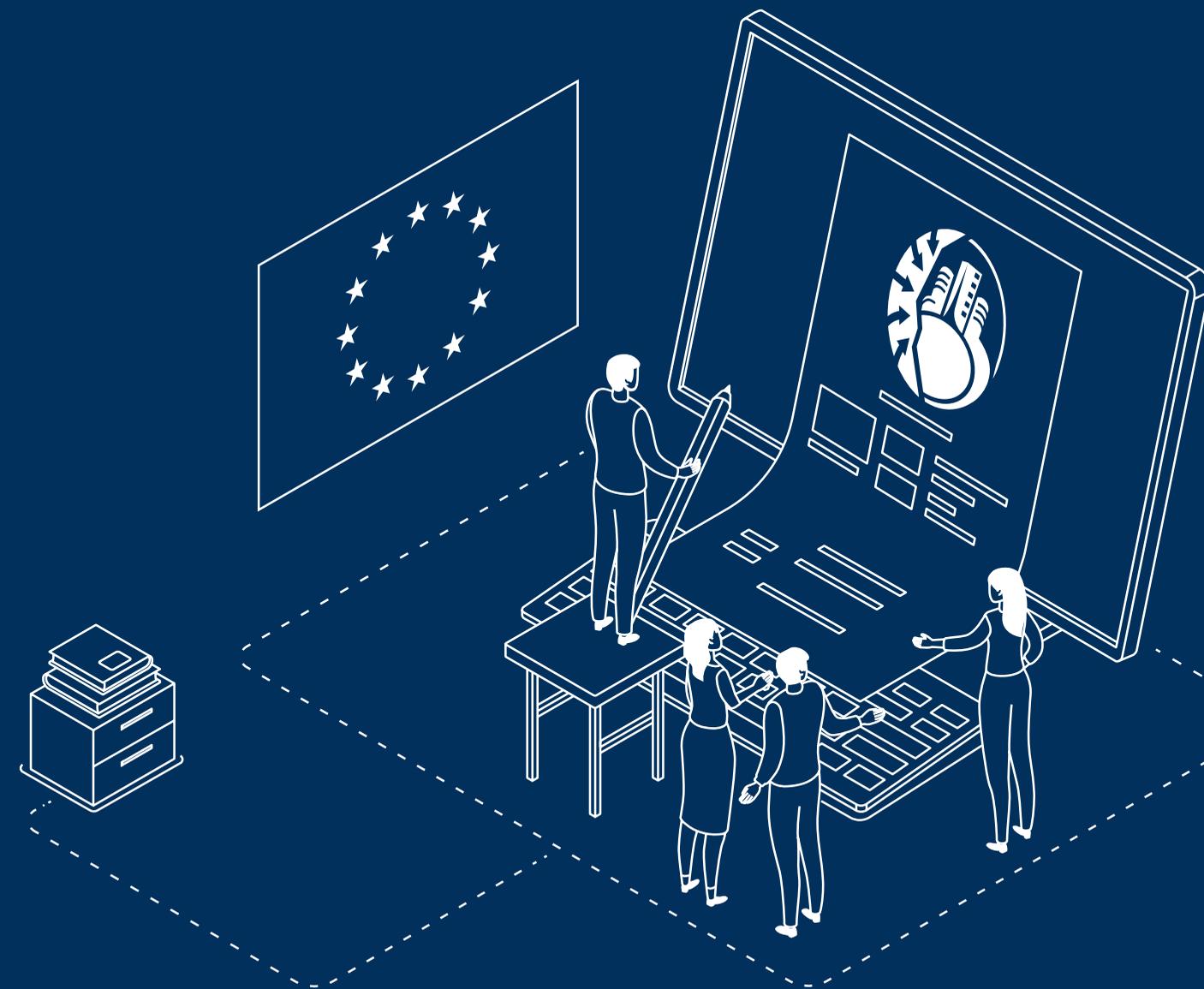
Unsere einzige Chance gegen die aktuellen Bedrohungen ist es, ihnen von Anfang gemeinsam an vorderster Front entgegenzutreten. Wissen, Good Practices und Erfahrungen im Rahmen echter Zusammenarbeit zu teilen, ist hierbei der Schlüssel zum Erfolg. Am Ende ist eine Hand immer stärker als fünf Finger.

Oberstleutnant Jesús Gayoso, Leiter der Rapid Action Group der Guardia Civil (26. April 1971 – 27. März 2020)

Oberstleutnant Jesús Gayoso starb infolge einer Corona-Infektion. Er hat die internationale Zusammenarbeit der Polizeibehörden im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus stets unterstützt und damit aktiv vorangebracht. Sein Tod ist ein gewaltiger Verlust für die gesamte europäische Polizeigemeinschaft.

Spanien

1 Safer Space for Safer Cities – ein europäisches Sicherheitsprojekt



Hintergrund

Safer Space for Safer Cities (SafeCi) ist ein europäisches Präventionsprojekt. Aus Sicht von Polizei- und Sicherheitsbehörden wird beschrieben, wie öffentliche Räume besser vor terroristischen Anschlägen und vergleichbaren Gefahren geschützt werden können.

Definition öffentliche Räume

Öffentliche Räume sind sämtliche Orte, die sich in öffentlichem Besitz befinden oder von der Öffentlichkeit genutzt werden und die für alle kostenlos und ohne Gewinnabsicht zugänglich und attraktiv sind. Dazu gehören Straßen, Freiflächen und öffentliche Einrichtungen.

(UN-Habitat Global Network on Safer Cities)

Das Phänomen der Bedrohung öffentlicher Räume durch terroristische Anschläge innerhalb Europas ist nicht neu, hat sich aber im vergangenen Jahrzehnt deutlich zugespitzt. Ausschlaggebend hierfür ist die Zunahme dschihadistisch motivierter Gewalttaten, die in den Jahren 2014 bis 2017 einen Höhepunkt erfahren haben. Der internationale – insbesondere der islamistisch geprägte – Terrorismus hat sich in den letzten Jahren zu einer der größten sicherheitspolitischen Herausforderungen Europas entwickelt.

Als Anschlagziele werden vordergründig „weiche Ziele“ wie Menschenansammlungen gewählt. Öffentliche Räume sind vor allem aus drei Gründen besonders betroffen: Sie sind meist leicht zugänglich, tendenziell halten sich dort viele potenzielle Opfer auf, und sie haben häufig Symbolcharakter. Anschläge auf öffentliche Räume führen außerdem – neben den eigentlichen Folgen – zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Sicherheitsempfindens in der Bevölkerung. Dies gehört zur Strategie der Täter.

EU Action Plan (18.10.2017)

Mit dem EU Action Plan will die Europäische Union im Rahmen ihrer Sicherheitsstrategie den Schutz öffentlicher Räume stärken. Im Oktober 2017 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Aufruf, Projektvorschläge zur Verbesserung des Schutzes öffentlicher Räume einzureichen. Insgesamt wurden hierfür 18,5 Millionen Euro aus dem Fonds für Innere Sicherheit bereitgestellt.

Betrachtet man die Gestaltung öffentlicher Räume, so ist weltweit ein Paradigmenwechsel zu beobachten: Es geht darum, die Attraktivität öffentlicher Räume als wesentliches Qualitätskriterium städtischen Lebens zu verbessern – gleichzeitig gilt es, die Sicherheit zu erhöhen.

Die Frage, wie Sicherheit gewährleistet werden kann, ohne dabei die Lebensqualität der Menschen einzuschränken, muss von den hierfür zuständigen Sicherheitsbehörden, den politischen Entscheidungsbefugten und letztlich gesamtgesellschaftlich beantwortet werden. Allerdings thematisiert die Frage ein Dilemma, das sich nicht einfach auflösen lässt: Sicherheit und Freiheit stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander.



Ein europäisches Sicherheitsprojekt

Auf Initiative der Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Berlin hat die Polizei Berlin das europäische Best-Practice-Projekt „SafeCi – Safer Space for Safer Cities“ konzipiert. Die Federführung obliegt der Polizei Berlin.

Adressaten: Führungspersonal, Praktikerinnen und Praktiker aus Sicherheitsbehörden, politische Entscheidungsbefugte

Ziel:

- Wissenstransfer bzgl. der Maßnahmen zum Schutz öffentlicher Räume zwischen den SafeCi-Partnern sowie weiteren Städten und Ländern innerhalb Europas
- Entwicklung innovativer Maßnahmen zum Schutz öffentlicher Räume
- Aufbau einer nachhaltigen Netzwerkarbeit zwischen den europäischen Partnern

Methode:

- **Zu verschiedenen Kernthemen (vgl. Kapitel II bis VII) wurden Fragebögen** entwickelt. Die sechs übergeordneten inhaltlichen Ebenen: Recht, Technik und Praxis, Taktik, Finanzen, Gesellschaft und Psychologie, Kooperation und Kommunikation.
- **13 Study Visits** zu verschiedensten öffentlichen Plätzen in Europa und Israel waren ein Kernelement des Projekts. Gemischte Teams aus den Partnerländern begutachteten und untersuchten die Plätze anhand eines durch SafeCi entwickelten methodischen Leitfadens.
- **In mehreren Workshops** wurden die erarbeiteten Inhalte mit den Projektbeteiligten und eingeladenen Fachleuten diskutiert. Das Konsortium hielt die Ergebnisse in Form eines Handbuchs fest.



SafeCi-Projektergebnisse im Überblick



- **Der Schutz öffentlicher Räume ist ein hochkomplexes Thema.** Es gibt nicht die eine Lösung, die auf alle Örtlichkeiten übertragbar wäre. Dafür sind die örtlichen Rahmenbedingungen und Nutzungsszenarien zu verschieden.
- **Strukturiertes Vorgehen ist essenziell.** Dazu gehört eine vorangehende Risiko- und Gefährdungsbewertung. Sinnvoll ist es auch, mehrere Maßnahmen-Ansätze im Rahmen des Konzepts zu kombinieren.
- **Sicherheitsaspekte sind bei der Gestaltung öffentlicher Räume von Anfang an zu bedenken.** Sicherheitsbehörden können frühzeitig beratend eingebunden werden.
- **Erfahrungen aus aktuellen Terroranschlägen sollten in bestehende Konzepte einfließen.** Jeder vollendete Terroranschlag trifft letztendlich die gesamte in Freiheit lebende Gesellschaft Europas.
- **Innovative Ansätze sollten geprüft und angewendet werden.** Der technische Fortschritt eröffnet stets neue Möglichkeiten, den Schutz öffentlicher Räume zu erhöhen.
- **Der Schutz öffentlicher Räume muss als dynamisches, sich veränderndes Themenfeld begriffen werden.** Sicherheitsbehörden sollten sich dem fortlaufend anpassen.
- **Ein Abwägungsprozess zwischen Freiheit und Sicherheit sollte die Implementierung von Sicherheitsmaßnahmen begleiten.** Es gilt, die Resilienz öffentlicher Räume zu verbessern, ohne dass diese ihren lebensoffenen Charakter einbüßen.
- **Durch die Einbindung und Sensibilisierung der Bevölkerung lässt sich der Schutz öffentlicher Räume steigern.** Auch die Akzeptanz gegenüber polizeilichen Maßnahmen kann erhöht werden.
- **Der internationale Austausch erleichtert es, mit aktuellen Entwicklungen Schritt zu halten.** Europaweit gibt es eine Vielzahl von guten und innovativen polizeilichen Konzepten zum Schutz öffentlicher Räume.
- **Nur durch den Ausbau internationaler Kooperationen in Europa kann dem modernen Terrorismus als transnationaler Bedrohung begegnet werden.** Projekte wie Safer Space for Safer Cities leisten somit einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit Europas.

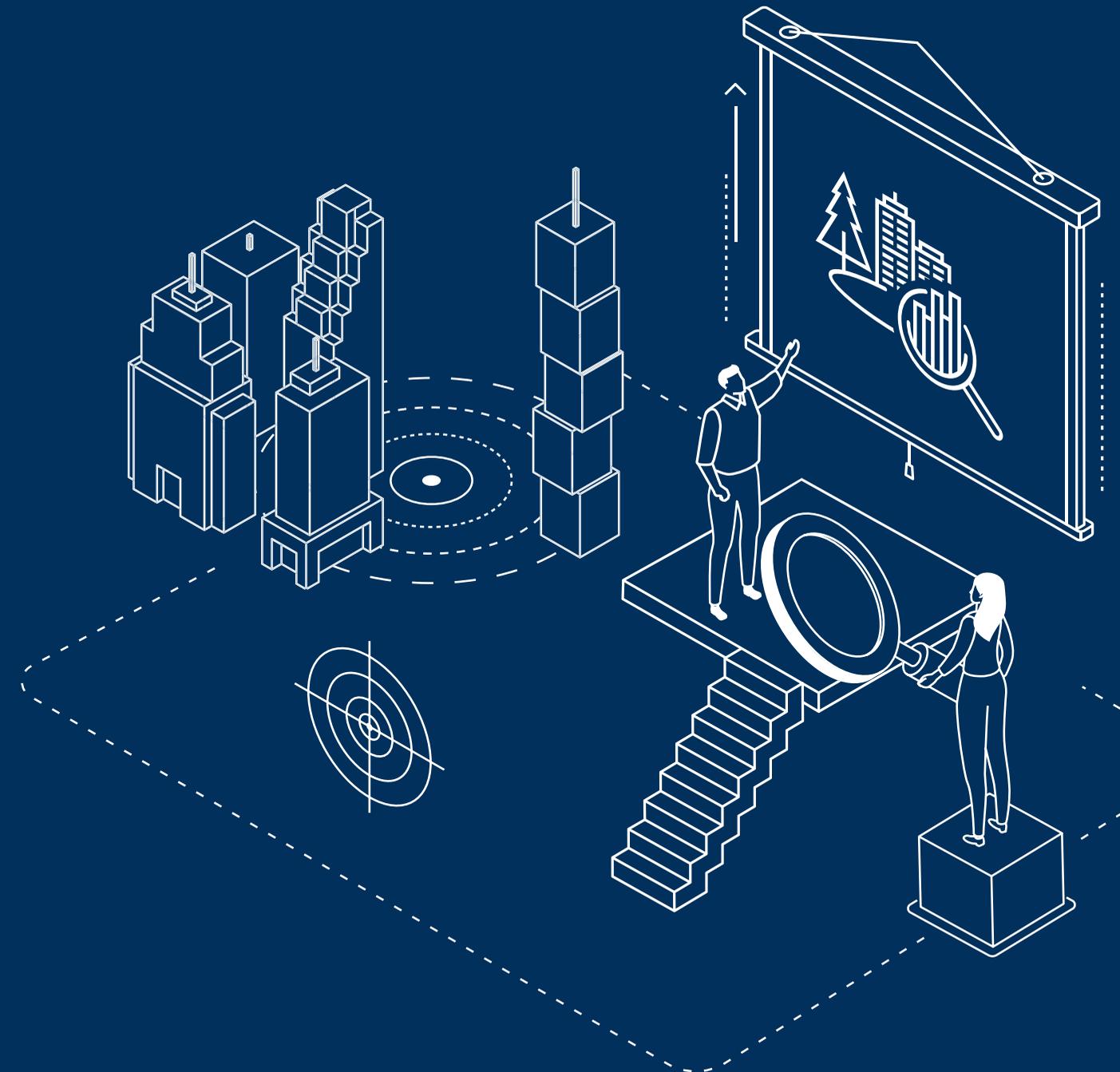


Das Thema von SafeCi betrifft ganz Europa. Das Projekt eröffnet uns die Möglichkeit, gemeinsam langfristige Präventionsmaßnahmen zum Schutz des öffentlichen Raums zu entwickeln – und dabei sowohl bauliche Maßnahmen und neueste Technologien als auch Risikoanalysen, Maßnahmen des Veranstaltungsschutzes und innovative alternative Methoden einzubeziehen. Um ein für alle sicheres Umfeld schaffen zu können, sollten wir die existierenden Herausforderungen zusammen diskutieren.

Ann Marie Cagney, stellvertretende Polizeipräsidentin An Garda Síochána

Irland

2 Risiko- und Gefährdungsbewertung für öffentliche Räume



Einleitung

Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Mensch in der EU einem terroristischen Anschlag zum Opfer fällt, ist verschwindend gering.

Im vergangenen Jahrzehnt wurden in der Europäischen Union insgesamt **119 islamistische Terroranschläge** verübt, versucht oder vereitelt. Dabei wurden **382 Menschen getötet**.

Stand:
1. Januar 2019;
Quelle: Eurostat

Somit sind in den letzten zehn Jahren durchschnittlich **38,2 Menschen** jährlich in der Europäischen Union dem religiös motivierten/dschihadistischen Terror zum Opfer gefallen. Bei aktuell ca. **513 Millionen EU-Einwohnerinnen und -Einwohnern** sind es ca. **0,07 Menschen** auf eine Million.

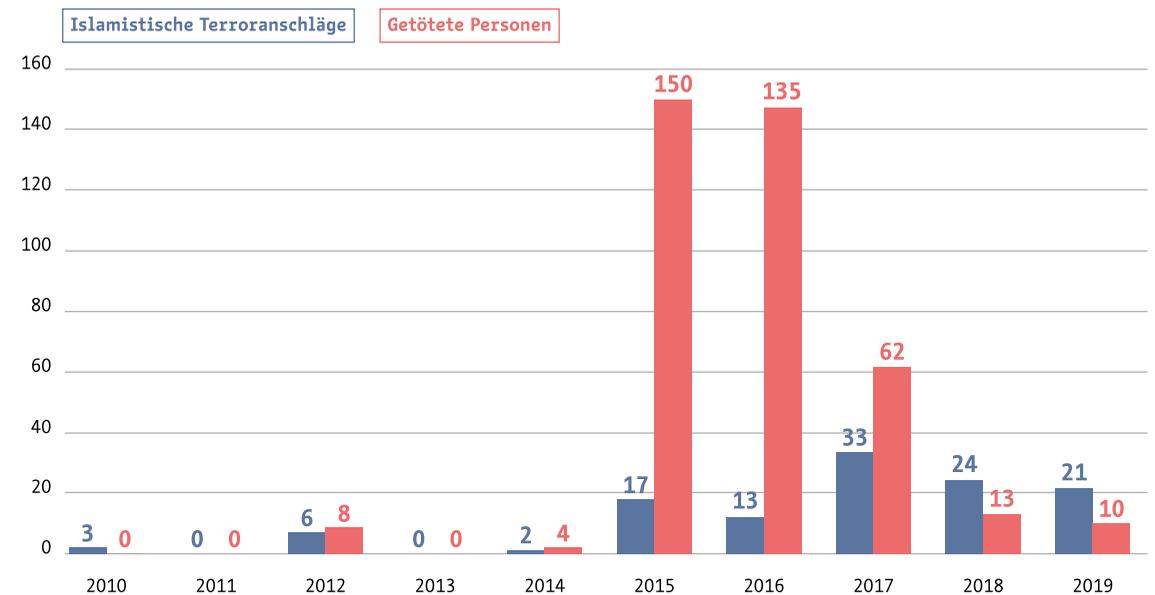
Warum nimmt dann die Diskussion um den Schutz öffentlicher Plätze vor terroristischen Anschlägen trotzdem so viel Raum ein? Ist es überhaupt sinnvoll,

sich trotz der nach wie vor geringen Wahrscheinlichkeit von Anschlägen so umfassende Gedanken über Schutzmaßnahmen zu machen?

Die Antwort lautet: Ja.

+ Die Bevölkerung hat ein starkes Sicherheitsbedürfnis: Nach einer öffentlichen Meinungsumfrage der Europäischen Kommission halten 95 Prozent der Befragten die Bekämpfung des Terrorismus für eine der wichtigsten Aufgaben mit Blick auf die innere Sicherheit in der EU.

+ Terrorismus greift, über das Abzielen auf unser Leben oder unsere körperliche Unversehrtheit hinaus, unsere Gesellschaft als Gesamtheit und unser europäisches Wertesystem an.



Quelle: Europol:
Terrorism Situation and Trend
Reports 2011 bis
2020



Herausforderungen

Wie kann es gelingen, gut informiert Entscheidungen über die Vermeidung, Verminderung, Verschiebung oder Akzeptanz von Risiken zu treffen? Grundlage ist der systematische Prozess des Risikomanagements: Er soll einen strukturierten, kontinuierlichen und effizienten Umgang mit bestehenden Gefahren gewährleisten. Sicherheitsrisiken wie das Terrorrisiko können im Rahmen eines umfassenden, in verschiedene Phasen und Einzelschritte unterteilten Prozesses geprüft und gesteuert werden. Dabei ist dieser ein (vorstrukturiertes) Hilfsmittel zur Identifizierung, Analyse und Bewertung von Sicherheitsrisiken und bietet Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung von kosteneffizienten Sicherheitsmaßnahmen mit dem grundsätzlichen Ziel, die identifizierten Risiken zu reduzieren.

In der Europäischen Union kann Sicherheitsrisikomanagement auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene durchgeführt werden. Bei der nachfolgenden Beschreibung des Risikomanagementprozesses soll der Fokus auf der lokalen beziehungsweise städtischen Ebene liegen, da der Schutz öffentlicher Räume im Vordergrund steht, der grundsätzlich in den Verantwortungsbereich der lokalen Sicherheitsbehörden fällt.

Die Risikobeurteilung ist die analytische Vorarbeit, auf deren Grundlage politische und sicherheitsbehördliche Entscheidungsbefugte Maßnahmen ergreifen können. Sie umfasst drei Schritte: Identifizierung, Analyse und Bewertung von Sicherheitsrisiken.

Schritt 1

Risikoidentifikation

Für welche Gefahr soll das Risiko ermittelt, vor welcher Gefahr soll geschützt werden? Um solche Szenarien zu erhalten, werden zunächst verübte, versuchte und vereitelte Terroranschläge ausgewertet.

Als Bezugspunkte werden inhaltliche, räumliche und zeitliche Parameter zugrunde gelegt.

Aus einer Gesamtbetrachtung der verübten und versuchten islamistischen Terroranschläge in der EU seit 2004 ergeben sich folgende Arten, wie Taten begangen wurden und werden:

- + Sprengstoff- und Brandanschläge, Schusswaffenanschläge, Anschläge mit Hieb- und Stichwaffen, Anschläge mit Pkw/Lkw.
- + Anschläge mit biologischen beziehungsweise chemischen Waffen (Berücksichtigung aufgedeckter und verhinderter Anschlagpläne).
- + Anschläge mit Drohnen (Berücksichtigung möglicher zukünftiger „Trends“, Anhaltspunkte sind z.B. Erkenntnisse über Terroranschläge außerhalb der EU).

Schritt 2

Risikoanalyse

Die Risikoanalyse ist Kernelement der Risikobeurteilung und eine zentrale Grundlage für den Schutz öffentlicher Räume. Sie ermöglicht eine systematische Bestimmung der Eintrittswahrscheinlichkeit und des jeweils zu erwartenden Schadensausmaßes. Auf dieser Grundlage können verschiedene Risiken bewertet und anschließend zielgerichtete und wirksame Schutzmaßnahmen ergriffen werden.

Bestandteile der Risiko-Analyse sind:

- + Schutzzielbestimmung: Welcher räumliche Bereich und welche Schutzgüter sollen in welchem Maße geschützt werden?
- + Nationale Gefährdungsbewertung: Wie wird die Gefährdung des gesamten Landes im Hinblick auf bestimmte Gefahren eingeschätzt, um Handlungsempfehlungen für die Regierung und auch für Sicherheitsbehörden regional und lokal entwickeln zu können?
- + Lokale Gefährdungsbewertung: Welche mehr oder weniger spezifischen Gefährdungsumgebungen (z.B. Stadt, Haupteinkaufsstraße, bestimmtes Ereignis) stehen im Fokus?
- + Verletzlichkeitsanalyse: Welches sind die als „Verletzlichkeit“ bezeichneten Schwachstellen eines potenziellen Angriffszieles, die es anfälliger für die destruktiven Konsequenzen von Anschlägen machen und dadurch direkte Auswirkungen auf das Risikolevel haben?
- + Bestimmung der Eintrittswahrscheinlichkeit: Wie wahrscheinlich ist ein Anschlag – basierend auf den Ergebnissen der lokalen Gefährdungsbewertung und der Verletzlichkeitsanalyse?
- + Bestimmung des Schadensausmaßes: Welches Schadensausmaß ist bei Eintritt der einzelnen Gefährdungsszenarien zu erwarten? An welchen Schutzgütern entstehen (wie große) Schäden?

Schritt 3

Risikobewertung

Ziel der Risikobewertung ist es, politischen und sicherheitsbehördlichen Entscheidungsbefugten belastbare Informationen zu Gefahren und damit verbundenen Risiken in Form einer neutralen und transparenten Entscheidungsgrundlage bereitzustellen. Dies soll sie in die Lage versetzen, über den Umgang mit diesen Risiken adäquat zu entscheiden.

Im Anschluss an die Risikoanalyse – nachdem sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit als auch das Schadensausmaß für die einzelnen Gefährdungsszenarien ermittelt wurden – lässt sich das Risiko anhand der folgenden Matrix bewerten.



Risikobehandlung

Auf die Phase der Risikobeurteilung folgt die Phase der Risikobehandlung – mit folgenden Stufen:

- + Grundsätzliche Entscheidung über den Umgang mit den einzelnen Risiken. (Vermeidung, Verminderung, Verschiebung oder Akzeptanz?).
- + Entwicklung und Umsetzung von Schutzmaßnahmen.
- + Stetige Kontrolle von Qualität und Wirksamkeit der implementierten Maßnahmen.

+ Prüfung, ob das (regelmäßig) verbleibende Restrisiko vor dem Hintergrund der definierten Schutzziele akzeptabel erscheint.

+ Überprüfung und Aktualisierung des gesamten Risikomanagementprozesses mit klaren Verantwortlichkeiten.

Die Entscheidungen, die im Rahmen der Risikobehandlung zu treffen sind, sollten auf Grundlage einer soliden Kosten-Nutzen-Analyse erfolgen.

Um politische und gesellschaftliche Interessen einzubeziehen, sollten Überlegungen zwischen den Sicherheitsbehörden, der Politik, der Bevölkerung und

der Wissenschaft kommuniziert werden. Gesellschaftliche Akzeptanz kann durch Dialog, schon während des Entscheidungsprozesses, erreicht werden.

EU Vulnerability Assessment Tool (VAT)

Um die EU-Mitgliedstaaten beim Schutz öffentlicher Räume und bei den dafür erforderlichen Verletzlichkeitsanalysen zu unterstützen, hat die Generaldirektion Home der Europäischen Kommission das EU Vulnerability Assessment Tool (VAT) entwickelt. Dieses funktioniert ähnlich wie eine Checkliste: Es ermöglicht eine möglichst vollständige, übersichtliche Begutachtung eines öffentlichen Ortes im Hinblick auf Schwachstellen und weist auf mögliche Schutzmaßnahmen hin. Das VAT wird gegenwärtig in fünf europäischen Städten getestet und bewertet.

Risikobewertung					
Eintrittswahrscheinlichkeit	Schadensausmaß				
	Niedrig	Mäßig	Wesentlich	Hoch	Kritisch
Kritisch	Wesentlich	Hoch	Hoch	Kritisch	Kritisch
Hoch	Wesentlich	Wesentlich	Hoch	Hoch	Kritisch
Wesentlich	Mäßig	Wesentlich	Wesentlich	Hoch	Hoch
Mäßig	Mäßig	Mäßig	Wesentlich	Wesentlich	Hoch
Niedrig	Niedrig	Mäßig	Mäßig	Wesentlich	Wesentlich

Risikomatrix					
Schadensausmaß	Eintrittswahrscheinlichkeit				
	Niedrig 1	Mäßig 2	Wesentlich 3	Hoch 4	Kritisch 5
Kritisch 5	Wesentlich	Hoch	Hoch	Kritisch	Kritisch
Hoch 4	Wesentlich	Wesentlich	Hoch	Hoch	Kritisch
Wesentlich 3	Mäßig	Wesentlich	Wesentlich	Hoch	Hoch
Mäßig 2	Mäßig	Mäßig	Wesentlich	Wesentlich	Hoch
Niedrig 1	Niedrig	Mäßig	Mäßig	Wesentlich	Wesentlich



Coordination Unit for Threat Analysis (CUTA)

Die CUTA ist als unabhängige nationale Einrichtung verantwortlich für allgemeine, strategische und fall-spezifische Bewertungen von Terrorismus- und Extremismusgefahren in Belgien.

Adressaten: Polizeibehörden des Landes sowie zahlreiche andere Behörden, die für den Staatsschutz mitverantwortlich sind.

Ziel: Aufgrund der CUTA-Bewertungen können die betroffenen Institutionen die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren ergreifen. CUTA selbst wird nicht aktiv.

Methode: Basis sind Informationen und Erkenntnisse, die Partnerbehörden übermitteln. Informationen werden mit ausländischen Partnerdienststellen ausgetauscht, relevante Erkenntnisse an die belgischen Behörden weitergeleitet.

Bewertungen werden auf drei Arten durchgeführt:

- allgemein – monatlich veröffentlicht
- strategisch – für kritische Infrastrukturen
- fallspezifisch – für einzelne Personen, Gruppen, Institutionen und Veranstaltungen

Wenn eine Partnerbehörde eine Gefährdungsbewertung erbittet, sammelt CUTA zunächst sämtliche relevante Informationen und Erkenntnisse und analysiert und bewertet diese dann anhand einer Risikomatrix. Das Bewertungsergebnis wird anhand eines Gefährdungslevels (Level 1 bis 4) einschließlich weiterer Erläuterungen des Evaluationsprozesses dargestellt.



EU Protective Security Advisors Training

Das EU Protective Security Advisors Training ist ein Programm der Generaldirektion Home der Europäischen Kommission.

Adressaten: sogenannte EU-Sicherheitsberaterinnen und -berater, die europaweit Verletzlichkeitsanalysen durchführen sollen.

Ziel: Vernetzung und Austausch der Sicherheitsbehörden, internationale Partnerschaften und Kooperationen, Stärkung der Sicherheit öffentlicher Orte. Einschätzungen der externen Beraterinnen und Berater und Erfahrungswissen der lokalen Akteure und Akteurinnen münden in ein gesamtheitliches Sicherheitskonzept.

Methode: EU-Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, auf Einladung eine Verletzlichkeitsanalyse vor Ort durch ein internationales, interdisziplinäres Expertengremium durchführen zu lassen. Dieses identifiziert Schwachstellen, gibt Handlungsempfehlungen und zeigt mögliche Schutzmaßnahmen auf. Ob die empfohlenen Maßnahmen umgesetzt werden, obliegt allein dem einladenden Mitgliedstaat.

Handlungsempfehlungen

- + Werden sie Schusswaffen oder gar Drohnen benutzen?
- + Welche Orte werden sie angreifen?
- + Welche Auswirkungen hätte eine Überfahrtat im Vergleich zu einem Messerangriff?

Diesen grundsätzlichen Fragen will sich das komplexe Feld der Risikobeurteilung mit den unterschiedlichsten Methoden annähern. Risiken werden ermittelt und gewichtet. In der Regel gibt es nicht ausreichend Ressourcen, um sämtliche Risiken zu reduzieren oder auszuschließen.

Die Schwierigkeit besteht darin, eine Sicherheitsstrategie zu entwickeln, welche die beiden Güter Sicherheit und Freiheit in Balance bringt. Das Instrument des Risikomanagements kann in diesem Zusammenhang einen wichtigen Beitrag leisten.

- Ein analytischer Ansatz ermöglicht es, zunächst die größten Risiken zu identifizieren und zu reduzieren, statt vergeblich zu versuchen, alles zu schützen.
- Allgemein gilt es, bestehende Kenntnisse zu erweitern, die Entwicklung von unterstützenden Analysetools voranzutreiben und die einzelnen Schritte des Risikomanagements weiter zu institutionalisieren.
- Empirische Daten liefern nicht nur wertvolle Erkenntnisse, sondern bilden darüber hinaus eine elementare Grundlage für die analytische Arbeit der Sicherheitsbehörden.
- Beim Schutz öffentlicher Räume ist das Spannungsverhältnis von Sicherheit und Freiheit zu berücksichtigen.



”

In unserer sich stetig wandelnden Welt bedroht der Terrorismus den Alltag eines Europas, das seine Grenzen gastfreundlich geöffnet hat. Damit wachsen auch die Herausforderungen für die Polizeiarbeit im Bereich der öffentlichen Sicherheit. SafeCi bietet den teilnehmenden Partnern die Gelegenheit, zu lernen und sich weiterzuentwickeln: indem sie auf die Bedrohungen der jüngsten Zeit reagieren und sie verhindern.

*Manuel Augusto Magina da Silva,
Polizeipräsident der Polícia de Segurança Pública*

Portugal

3

Bauliche Sicherung öffentlicher Räume gegen terroristische Anschläge





Einleitung

Die Möglichkeiten sind vielfältig, entscheidend ist die stetige, ressortübergreifende und interdisziplinäre Zusammenarbeit.

Etwa zwei Drittel der Weltbevölkerung leben in urbanen Räumen – ein Trend, der sich in den kommenden Jahrzehnten noch verstärken wird. Damit wird sich auch die Nutzung öffentlicher Räume zunehmend verändern. Diese Entwicklung erfordert nachhaltige Konzepte zur zukünftigen Gestaltung und Sicherung urbaner Räume.

Die terroristische Zielauswahl konzentriert sich inzwischen auf ungeschützte, überwiegend zivile Anschlagziele, sogenannte weiche Ziele („Soft Targets“). Die Absicherung im öffentlichen Raum, insbesondere gegen Terror, rückt daher wieder verstärkt in den Fokus. Dabei geht es vor allem um Angriffe mit Kraftfahrzeugen.

Wie aber kann man nicht eindeutig einzugrenzende öffentliche Räume gegen eine abstrakte Gefahr sichern? Bewährte Konzepte zum Zufahrts- und Perimeterschutz sind nur bedingt übertragbar, denn Schutzmaßnahmen für alle öffentlichen Orte sind weder finanziell noch städtebaulich realisierbar und würden wahrscheinlich auf wenig Akzeptanz bei Politik und Bevölkerung stoßen. Grundsätzlich ist es nicht möglich, Trends vorherzusagen und Prognosen aufzustellen, auch wenn Taten immer Nachahmungspotenzial bieten. Anschläge können per se nicht durch passive Sicherheitsmaßnahmen verhindert werden. Sie lassen sich allenfalls erschweren, im Schadensausmaß verringern oder verdrängen.



Herausforderungen

Die größte Herausforderung bei der baulichen Sicherung öffentlicher Räume besteht darin, einen Kompromiss zu finden, der Sicherheit mit Freiheit, Ästhetik und Funktionalität bestmöglich kombiniert und damit von allen Beteiligten mitgetragen werden kann. Multifunktionale, integrative und stadtbildverträgliche Lösungen sollen dabei möglichst viele Interessen vereinen.

Die drei wesentlichen Ziele:

- + Attraktivität öffentlicher Räume als potenzielles Anschlagziel senken
- + Resistenz gegen alle möglichen Formen terroristischer Anschläge erhöhen
- + Resilienz im Falle eines Anschlages stärken

Einen Überblick über das komplexe Themenfeld geben die im Folgenden vorgestellten verschiedenen Aspekte der baulichen Sicherung öffentlicher Räume.

Baulicher Schutz gegen terroristische Anschläge

Die entscheidende Frage beim Schutz öffentlicher Räume ist nicht, was man machen muss, sondern was man machen kann – und wie man zu einer abgewogenen Entscheidung kommt. Dabei sollten finanzielle Möglichkeiten, gesellschaftliche und politische Akzeptanz, bauliche Begebenheiten sowie Einschränkungen, die sich aus der Nutzung ergeben, in die Abwägung einfließen.

Was die Sicherung öffentlicher Räume selbst bei großzügigem Budget und trotz aller Möglichkeiten schwierig macht, ist die Vielzahl an Variablen, die es bei der Planung zu beachten gilt. Hier lohnt es sich, zunächst

einen Blick auf ausgewählte Kerndisziplinen baulicher Sicherheitsmaßnahmen zu werfen.

Perimeterschutz

Die Grundprinzipien des Perimeterschutzes gelten auch beim Schutz öffentlicher Räume gegen Terror: Abschrecken, Erkennen, Verzögern, Abschwächen, Reagieren. Im Idealfall soll beispielsweise die Abschreckung potenzieller Angreifer nicht durch beeindruckende Sicherungsmaßnahmen erreicht werden, sondern vielmehr durch ein unattraktives Anschlagziel. Identifizierte Verletzlichkeiten lassen sich durch Einzelmaßnahmen oder eine Kombination aus verschiedenen Möglichkeiten gezielt reduzieren – etwa durch Umleitung von Personenströmen, Änderungen von Zufahrten, gestalterische Maßnahmen oder besondere Überwachung. Die Abschreckung bei der Sicherung öffentlicher Räume sollte besondere Berücksichtigung finden.

Zufahrtsschutz

Häufig wird der bauliche Schutz öffentlicher Räume vor Anschlägen mit Kraftfahrzeugen in einem Atemzug mit dem Begriff des Zufahrtsschutzes genannt, wengleich hier differenziert werden sollte. Beim Zufahrtsschutz kommen neben Maßnahmen der gezielten Verkehrsführung diverse bauliche Maßnahmen zum Einsatz. Diese gewährleisten insbesondere geprüft und zertifiziert ein vordefiniertes Maß an Sicherheit.

Verkehrssicherheit

Die Erkenntnisse aus der Disziplin Verkehrssicherheit können eine günstige Alternative zum baulichen Zufahrtsschutz darstellen – insbesondere, wenn man bedenkt, dass sich die Energie eines Fahrzeuges vervierfacht, wenn es seine Geschwindigkeit verdoppelt. Anblick und Nutzen verkehrssichernder Maßnahmen sind den Menschen bekannt. Sie können mehrere Risikofelder gleichzeitig abdecken, etwa den Schutz von

Fußgängerinnen und Radfahrern. Mit Blick auf Themen wie Verkehrswende, alternative Fortbewegungsmittel und autonomes Fahren wird es künftig zu signifikanten Änderungen kommen. Dazu gehört unter anderem die Einrichtung von größeren Fußgängerzonen oder reinem Anwohnerverkehr. Diese Entwicklung könnte Überlegungen zur konsequenten „Verpöllerung“ von Innenstädten perspektivisch gesehen sogar komplett infrage stellen.

Urbane Gestaltung und städtebauliche Kriminalprävention

Die Sicherung öffentlicher Räume gegen terroristische Anschläge ist ein Teilaspekt der Städtebaulichen Kriminalprävention (SKP). Diese wird in jüngerer Zeit vermehrt mitgedacht, stellt jedoch nicht das primäre und alleinige Ziel der SKP dar. Baulicher Terrorschutz kann sogar im Widerspruch zu anderen Zielen der SKP stehen. Beispielsweise erhöht die Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung von Übersichtlichkeit und Barrierefreiheit unter Umständen auch die Anfälligkeit für Terroranschläge, da Fahrzeuge, Druckwellen, Splitterflug und Projektile auf weniger Hindernisse treffen und weniger Deckungs- und Fluchtmöglichkeiten vorhanden sind. Gut sichtbare Sicherheitsmaßnahmen wie Poller und Zäune können zudem das Sicherheitsgefühl beeinträchtigen, da der Eindruck entstehen könnte, man halte sich in einem besonders gefährdeten Raum auf.

Bauliche Maßnahmen zur Sicherung öffentlicher Räume und sonstige Aspekte der SKP können allerdings auch einvernehmlich geplant und so umgesetzt werden, dass sie öffentliche Räume sowohl belebter als auch sicherer machen.

Möglichkeiten zum baulichen Schutz öffentlicher Räume

Der Markt bietet eine unüberschaubare Vielzahl an innovativen Möglichkeiten, auch öffentliche Räume baulich sicherer zu gestalten. Ein im Vorfeld definiertes Schutzziel lässt sich häufig auch durch Kombination unterschiedlicher Maßnahmen erreichen. Die folgenden Punkte geben einen ersten Überblick über einige bauliche Möglichkeiten zur Abwehr einer abstrakten Gefährdung.

Technische Fahrzeugsperren

Die Auswahl an Fahrzeugsperren ist groß, und die Unterschiede sind erheblich. Poller zählen zu den ältesten und gängigsten Mitteln, um die Annäherung eines Fahrzeugs an einen zu schützenden Bereich zu beeinflussen. Sie können statisch oder beweglich sein. Der Abstand zwischen zwei Pollern wird je nach Region mit mindestens 120 Zentimetern angegeben. Die Höhe beträgt zwischen 90 und 110 Zentimetern. Bei den erforderlichen Einbautiefen variieren die Produkte stark voneinander: Während Flachbettpoller mit Einbautiefen von nur etwa 20 Zentimetern und weniger auskommen, benötigen versenkbare Poller bis zu 200 Zentimeter.

Verstärktes Stadtmobiliar

Stadtmobiliar ist ein innovativer Ansatz, der Schutz und Ästhetik vereinen kann. Neben seiner eigentlichen Funktion (als Sitzgelegenheit, Fahrradständer, Blumenkübel, Hochbeet, Haltestelle, Kiosk, Laterne, Reklametafel) dient es häufig auch der Gestaltung – bis hin zur Straßenkunst.

Stadtmöbel werden auch gezielt im Rahmen der SKP eingesetzt, um beispielsweise Aufenthaltsbereiche zu definieren, Räume zu beleben, Verwahrlosung vorzubeugen oder Angsträume zu verhindern. Auch die Doppelfunktionalität als Zufahrtsschutz wird seit längerer Zeit genutzt – allerdings mehr, um unberechtigte Fahrzeuge und Falschparkende abzuhalten als Terroristen.

Für einen leistungsfähigen Überfahrtschutz sollten Stadtmöbel konstruktiv verstärkt und fest im Boden verankert werden. Andernfalls verschärfen beispielsweise Bänke im Falle eines Fahrzeugaufpralls eher die Gefahr, als sie zu reduzieren, indem sie selbst zum Geschoss werden.

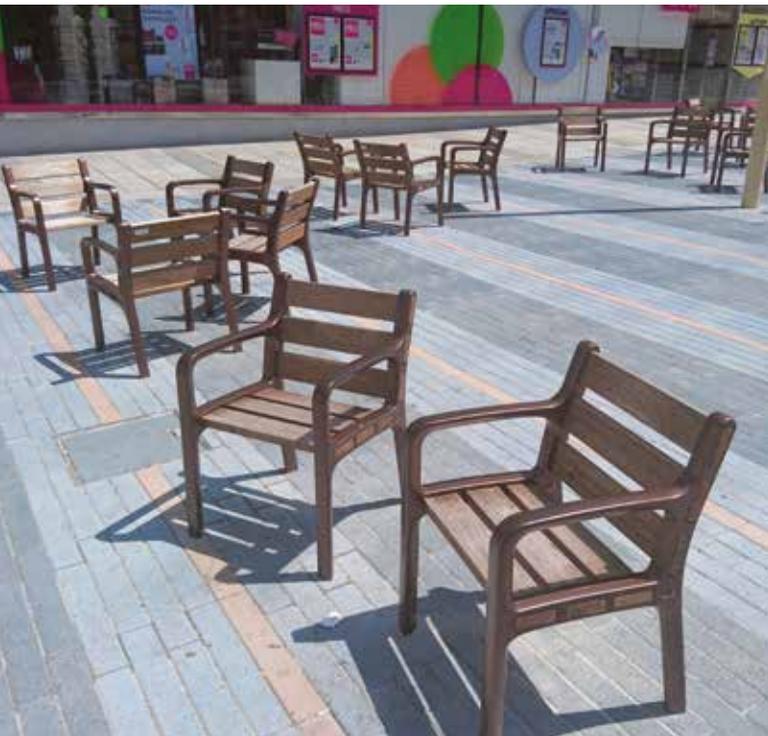
Bei abstrakter Gefährdung besteht die Möglichkeit, selektiv vorzugehen. So lassen sich zum Beispiel im Bereich möglicher Angriffspunkte verstärkte und zertifizierte Produkte einsetzen, in anderen Bereichen jedoch preiswertere und filigranere Lösungen.

Maßnahmen zum Schutz öffentlicher Räume gegen abstrakte Anschlagsszenarien folgen keinen festen Regeln. Sie können auch in der Tiefe des Raumes eine effektive Sicherheitswirkung haben, indem sie Menschen Deckung bieten, für Fahrzeuge ein Hindernis darstellen oder Verhalten indirekt beeinflussen.

Der eindeutige Vorteil von Stadtmöbeln gegenüber anderen Lösungen sind ihre multifunktionalen Eigenschaften. Innovative Konzepte können sogar zu Touristenattraktionen avancieren. So setzt Stockholm inzwischen größere und massivere Varianten seines Stadtwappens („Stockholm-Lions“) als Fahrzeugsperre in Fußgängerzonen ein. Auch zum Schutz vor Explosionen und Schusswaffen gibt es innovatives Stadtmobiliar.

Personenlenkungsmaßnahmen, Warnung und Alarmierung

Den Umstand, dass Menschen häufig den kürzesten Weg wählen und je nach Intention bestimmte Aufenthaltsmöglichkeiten bevorzugen, kann man sich zu nutze machen: Durch gezielte Beobachtung, Tests und Softwaresimulationen lassen sich bevorzugte Wege und Aufenthaltsbereiche bestimmen und in der Folge beeinflussen. So können zum Beispiel Räume mit erhöhten Personendichten gefördert, aber auch verhindert werden, Wege lassen sich vorgeben und kritische Engpässe entschärfen. Einige Länder testen gerade technische Entwicklungen, die Gefahrensituationen wie Panik, Flucht, Explosionen oder Schüsse anhand von Bildern und Geräuschen erkennen und von Alltagssituationen unterscheiden können.



Der Planungsprozess

Um eine alltagstaugliche Anwendungsroutine für den Planungsprozess zu entwickeln, sind einige Gesichtspunkte zu beachten, die hier vorgestellt werden.

Beteiligung aller entscheidungsbefugten Akteure

Die bauliche Sicherung öffentlicher Räume funktioniert nur in frühzeitiger, ressortübergreifender Zusammenarbeit vieler Akteure. Feste Zuständigkeiten sollten von Anfang an definiert werden.

Planung und Beratung

Exemplarisch sei an dieser Stelle der Schutz öffentlicher Plätze gegen Überfahrtaten genannt. Analysiert man solche Orte pauschal mit einem klassischen Zufahrtsschutzkonzept, wird man zwangsläufig zu Ergebnissen kommen, die sehr umfangreiche Baumaßnahmen, erhebliche Kosten und große Nutzungseinschränkungen mit sich bringen. Im Vorfeld muss eindeutig geklärt werden, ob dies bei einer abstrakten Gefährdung durch terroristische Anschläge verhältnismäßig und gewünscht ist. Die klare Definition von Schutzziele im Vorfeld einer Auftragsvergabe ist daher dringend zu empfehlen. Von großer Relevanz ist hierbei, ob ein besonderer Schutz permanent oder nur anlassbezogen benötigt wird.

Priorisierung der Sicherheitsmaßnahmen

Beim Schutz öffentlicher Räume sollte zunächst die Situation vor Ort erfasst werden. Mit Blick auf zurückliegende Taten, Fachwissen, aber auch die Vorstellungskraft von Terroristen, lassen sich Szenarien abstrahieren, auf deren Basis sich Maßnahmen entwickeln lassen. Das systematische Vorgehen der Risikoanalyse wird in Kapitel 2 vorgestellt.

Klärung der Erst- und Anschlussfinanzierung

Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz öffentlicher Räume sollten, wenn sie über die Platzierung einiger Poller hinausgehen, immer im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen stehen – schon aus finanziellen Gründen. Auch vor dem Hintergrund der allgemeinen sowie politischen Akzeptanz haben multifunktionale Maßnahmen bessere Umsetzungschancen, die gleichzeitig zur Verbesserung des Stadtklimas und der urbanen Lebensqualität beitragen.

Die gemeinsame Kompromissfindung

Der Schutz öffentlicher Räume gegen terroristische Anschläge ist nur durch Kompromisse möglich. Zum einen kollidiert die Sicherheitsplanung oft mit anderen Interessen, Abläufen, Bedürfnissen und Gesetzmäßigkeiten. Potenzielle Nutzungskonflikte sollten daher von Anfang an in die Planung einbezogen werden. Zum anderen gibt es keine Rechtsvorschriften, die eine festgelegte Vorgehensweise oder Mindeststandards

beim Schutz gegen Anschläge oder gar bei Sanktionen wegen unzureichender Sicherung enthalten. Die Entscheidung, ob, wie und in welchem Umfang ein öffentlicher Raum gegen verschiedene Anschlagformen gesichert wird, obliegt in erster Linie den städtebaulichen Behörden. Dennoch sollte die Entscheidung über Sicherheitsmaßnahmen und deren Implementierung grundsätzlich auf mehrere Schultern verteilt werden.

Zu betonen ist, dass öffentliche Räume nicht per se besonders gefährdet sind und auch nicht so behandelt werden sollten. Blinder Aktionismus oder gar Fatalismus sind nicht hilfreich, denn die Planer haben nicht nur eine Mitverantwortung für die Sicherheit der Menschen, sondern auch für einen sinnvollen Einsatz von Steuergeldern sowie die Aufrechterhaltung eines lebensfreundlichen innerstädtischen Raumes.

Überfahrtaten – die aktuell größte Herausforderung

An der immanenten Gefahr durch Überfahrtaten besteht kein Zweifel. Allerdings spielten sie in den vergangenen Jahren keine wesentliche Rolle bei weltweiten Anschlägen. Selbst in Ländern mit permanenter Anschlagbedrohung sind reine Fahrzeugangriffe vergleichsweise selten. Es sind auch kaum Rückschlüsse auf ein besonders gefährliches Fahrzeuggewicht, eine besonders riskante Angriffsgeschwindigkeit oder eine besonders gefährliche Vorgehensweise möglich. Oft entscheiden andere Faktoren wie die Situation, das Vermögen oder Unvermögen des Täters, die Reaktion der Opfer und sicher auch glückliche oder unglückliche Umstände über das Schadensausmaß. Sicherlich kann die Verletzlichkeit öffentlicher Räume gegenüber Fahrzeugangriffen auch im Rahmen einer Risikoanalyse explizit ermittelt werden. Die Entscheidung zur Umsetzung permanenter Maßnahmen ist jedoch eher politischer Natur.

Die wohl wesentlichste Eigenschaft von Fahrzeugangriffen ist, dass man sie im Gegensatz zu anderen Anschlagformen durch entsprechende Sperrmittel relativ effizient verhindern oder zumindest deutlich erschweren kann.



Arbeitsgruppe Wien

2008 wurde in Wien mit ersten Gestaltungsüberlegungen zur Sicherung des Regierungsviertels begonnen. Hierauf aufbauend richtete die Landespolizeidirektion (LPD) Wien gemeinsam mit dem Magistrat der Stadt Wien 2017 die Arbeitsgruppe „Vorgangsweise zur Minimierung des Risikos von Rammangriffen mit mehrspurigen Fahrzeugen“ ein.

Adressaten: Leitungspersonen aus verschiedenen Abteilungen und Gruppen.

Ziel: Minimierung des Risikos von Rammangriffen mit mehrspurigen Fahrzeugen im öffentlichen Raum. Strukturierte, dezentrale Beurteilung und Umsetzung von erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen.

Methode: Gemeinsam wurde ein Strategiepapier zur Entwicklung eines einheitlichen Prozesses beschlossen, der dringende Handlungsbedarfe identifiziert, Maßnahmen festlegt und evaluiert:

Stufe 1: Einschätzung einer Bedrohungslage

Stufe 2: Festlegung des erforderlichen Schutzniveaus

Stufe 3: Festlegungen zur Erreichung des Schutzniveaus

Die Maßnahmen sollten effektiv, alltagstauglich und stadtbildverträglich sein und das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen stärken. Schließlich wurden mit oberster Priorität Sofortmaßnahmen in der Kärntner Straße, am Rathausplatz und in der Mariahilfer Straße beschlossen, die bereits umgesetzt sind oder noch umgesetzt werden. Die LPD Wien wird bei künftigen Neugestaltungen eingebunden. Die enge Zusammenarbeit von LPD und Magistratsverwaltung mündete in ein Konzept, das sich auf neuralgische Punkte konzentriert und einen Kompromiss zwischen Alltagstauglichkeit, Stadtbildverträglichkeit und Effektivität darstellt.



Der Boulevard Anspach in Brüssel

Um Befugnisse und Kompetenzen zu bündeln, wurde in Belgien eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die „Brüssel Prävention & Sicherheit“ (BPS), etabliert. Sie verbindet föderales und regionales Recht sowie entsprechende Zuständigkeiten miteinander und koordiniert verschiedene Akteure auf dem Gebiet von Prävention und Sicherheit.

Adressaten: Polizei, Verwaltung und politische Entscheidungsbefugte.

Ziel: Schutz des Boulevard Anspach als Teil einer der größten Fußgängerzonen Europas. Gewährleistung besserer Zusammenarbeit verschiedener Akteure und Interessengruppen. Bessere Außenwirkung von Präventions- und Sicherheitsthemen.

Methode: Die dem Ministerpräsidenten unterstellte BPS will ein möglichst breites Spektrum bei der Betreuung von Sicherheitsfragen abbilden. Sie erarbei-

tet und testet Sicherheits- und Präventionspläne und betreut die Implementierung. Auch wenn sie nur beratenden Charakter hat, ist diese Vorgehensweise als sehr zielführend zu betrachten.



Handlungsempfehlungen



Um einen Raum einschließlich all seiner Aspekte betrachten zu können, benötigt man Erfahrung und gebündelte Expertise. Dazu bedarf es internationaler, fachübergreifender Plattformen. Die bauliche Gestaltung öffentlicher Räume findet ausschließlich für die Zukunft statt und nicht für die Gegenwart oder die Vergangenheit.

Somit können Modelle wie der Boulevard Anspach in Brüssel durchaus als Best-Practice-Beispiel dienen, auch ohne besondere bauliche Maßnahmen gegen Terrorismus. In vielen Ländern wird noch nach 100-prozentigen Lösungen gesucht – in einem Raum, der nie für maximale Sicherheit, sondern für ein Maximum an Freiheit konzipiert wurde.

- **Sicherheit vs. Ästhetik:** Neben der Sicherheit müssen stets auch die Attraktivität eines Ortes und das Freiheitsgefühl der Bevölkerung berücksichtigt werden. Es gibt keine 100-prozentige Sicherheit.
- **Fokus auf Schutz vor Anschlägen:** Es gilt, das Portfolio städtebaulicher Kriminalprävention auszubauen und Planungen zum Schutz vor Anschlägen zum festen Gegenstand der Gesamtbetrachtung zu machen.
- **Einheitliche Vorgehensweise:** Eine frühzeitige Einbindung sämtlicher Interessengruppen sowie eine kontinuierliche Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure sind essenziell.
- **Fachlicher Austausch und Weiterentwicklung:** Neue Expertenstellen, Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten müssen eingerichtet werden.
- **Perspektivischer Ansatz:** Sämtliche Maßnahmen sollten mit möglichst viel Weitsicht eingesetzt werden. Dies gilt insbesondere in Zeiträumen gesteigerter Investitionsbereitschaft im Eindruck aktueller Ereignisse.

”

Terrorismus macht nicht an Ländergrenzen Halt. Unsere Pflicht als Polizei ist es, alles in unserer Macht stehende zu tun, um die öffentliche Sicherheit in enger Zusammenarbeit mit Behörden und Partnern zu gewährleisten. Ein Projekt wie SafeCi ermöglicht es uns, Qualitätsmaßstäbe anzusetzen, von Best-Practice-Beispielen anderer zu lernen und uns so weit wie möglich zu verbessern.

Die Sicherheit einer Stadt lässt sich nur über gut entwickelte Netzwerke gewährleisten.

Michel Goovaerts, Leiter der Polizei Brüssel – Capital Ixelles

Belgien

4 Veranstaltungsschutz im öffentlichen Raum





Einleitung

In europäischen Großstädten nehmen jedes Jahr Tausende von Menschen an Veranstaltungen im öffentlichen Raum teil. Solche Veranstaltungen sind Zeichen einer freiheitlichen, offenen und demokratischen Gesellschaft sowie ein essenzielles Gut zur Interaktion und Teilhabe. Gleichzeitig sind sie attraktive Ziele für Anschläge, weil sie stark frequentiert, öffentlichkeitswirksam und repräsentativ sind. Die Täter erhoffen sich möglichst viele Opfer.

Der Sicherheitsplanungsprozess ist anspruchsvoll und komplex. Feste bauliche Maßnahmen müssen durch temporäre polizeiliche Maßnahmen ergänzt werden. Die Gewährleistung der Sicherheit bei Veranstaltungen setzt eine intensive Zusammenarbeit zwischen Polizei, Veranstaltern, Genehmigungsbehörden und weiteren Sicherheitsbehörden voraus.



Herausforderungen

Welche Aspekte sind bei der Planung zum Schutz von Veranstaltungen zu beachten? Veranstaltungen durchlaufen in der Regel behördliche Genehmigungsverfahren. In erster Linie müssen Sicherheitsvorkehrungen bei Veranstaltungen durch die Veranstalter selbst getroffen werden.

Jedoch müssen nicht selten zusätzliche Maßnahmen von den zuständigen Sicherheitsbehörden beziehungs-

weise der Polizei vorgenommen werden. Bei der Einsatzplanung müssen sämtliche zur Verfügung stehenden Informationen bewertet werden. Das so erlangte Lagebild bildet die Grundlage für behördliche Auflagen und für die Einsatzmaßnahmen.

Die nachfolgenden Ausführungen geben Impulse für präventive Maßnahmen und künftige Einsatzplanungen.

Aufklärungsmaßnahmen im Vorfeld von Veranstaltungen dienen dem Erheben von Informationen über Personen, Gruppen, Organisationen, Objekte, Räume sowie Ereignisse und Entwicklungen im Einsatzraum. Sie sind für das Lagebild und für die polizeiliche Taktik ausschlaggebend. Zudem werden Anschlagorte zur Vorbereitung von Anschlägen häufig von den Tätern ausgekundschaftet.

Good Practice | Vereinigtes Königreich



Project Servator

Im Vereinigten Königreich finden vor und während einer Veranstaltung spezielle Aufklärungsmaßnahmen statt.

Adressaten: Polizeibeamtinnen und -beamte, Bevölkerung.

Ziel: Identifikation und Störung kriminellen oder terroristischen Auskundschaftens, Vertrauensbildung gegenüber Passanten/der Bevölkerung, Erhöhung der Sicherheit aller, Aufdecken von Alltagskriminalität.

Methode: Polizeikräfte erhalten eine spezifische Ausbildung, um Verhaltensauffälligkeiten zu erkennen, die auf kriminelle oder terroristische Absichten hin-

deuten. Uniformierte und zivil bekleidete Kräfte werden unregelmäßig und punktuell an festen Standorten und bei Veranstaltungen eingesetzt. Eine starke Sichtbarkeit ist gewollt. Passanten werden in informelle Gespräche verwickelt. Beamtinnen und Beamte achten dabei auf verdächtige Aktivitäten in der unmittelbaren Umgebung und können ggf. weitere Ermittlungen anstellen. Um Menschen zur Unterstützung zu ermutigen, wird der psychologische Mechanismus der Reziprozität (Gegenseitigkeit) genutzt.

Dieser vermittelt, dass man Gefahren nur gemeinsam begegnen kann. Beruhigende Kommunikation erzeugt Vertrauen und steigert die Bereitschaft, der Polizei verdächtige Beobachtungen mitzuteilen. Medienkampagnen begleiten die Maßnahmen.





Crashtest: Betonbarrieren

Bei zwei Crash-Tests auf dem DEKRA-Testgelände in Neumünster im Jahr 2017 fuhren zwei 10 Tonnen schwere Lkw mit Tempo 55 km/h zuerst im 90-Grad-Winkel und im zweiten Test im 30-Grad-Winkel gegen mehrere Betonbarrieren. Diese waren 1,6 x 0,8 x 0,8 Meter groß und etwa 2,5 Tonnen schwer.

Das Ergebnis:

- Beim 90-Grad-Anprall konnten die Lkw mit hoher Geschwindigkeit ohne Richtungsänderung ausrollen. Das Fahrzeug war nicht mehr lenkfähig, aber mutmaßlich noch vortriebsfähig. Die Fahrerkabine war weitestgehend intakt.
- Beim 30-Grad-Anprall war die hintere Achse vermutlich weiter vortriebsfähig. Die Fahrerkabine wurde stärker zerstört als beim 90-Grad-Anprall.
- Nach 25 Metern prallten beide Lkw mit hoher Restgeschwindigkeit an den Anprallblock (beim 90-Grad-Anprall) beziehungsweise an die zur Sicherung aufgestellte Schutzwand (beim 30-Grad-Anprall), die nicht Bestandteil des Tests waren.
- Innerhalb dieses Bereiches sind schwerste Verletzungen wahrscheinlich. Aufgrund der hohen Restgeschwindigkeit beider Lkw hätten sich auch Personen in unmittelbarer Nähe schwer verletzen können.
- Durch das Verschieben der Barrieren ist es möglich, dass ein nachfolgendes Fahrzeug ungehindert in den Gefahrenbereich eindringen kann.

Mobile Sperrsysteme gegen Überfahrtaten

Veranstaltungen im öffentlichen Raum sind besonders anfällig für Überfahrtaten. Aus diesem Grund ist es wichtig, mobile und flexible Sperrsysteme einzu-

setzen. In der Vergangenheit wurden diese vielerorts ohne jegliche Erfahrungswerte errichtet. Mittlerweile gibt es dank Zertifizierungsverfahren und damit verbundener Crash-Tests zahlreiche Erkenntnisse über ihre Schutzwirkungen. Es empfiehlt sich, mehrere Sperrsysteme vorzuhalten. Der Einsatzzweck bestimmt dabei die Auswahl.

Pro

Nutzung von Fahrzeugen:

Fahrzeuge können unmittelbar bewegt werden und bieten so ein Höchstmaß an Mobilität (z. B. bei der Entfluchtung der Veranstaltungsfläche).

Nutzung von Betonbarrieren:

Unbefestigte Betonbarrieren sind in der Regel schnell verfügbar und kostengünstig. Auf einen Sicherheitsabstand hinter den Barrieren ist unbedingt zu achten.

Nutzung von Keilsperrsystemen:

Keilsperrsysteme sind einfach aufzubauen und zu montieren. Durch ihr geringes Gewicht lassen sie sich zügig bewegen. So können Berechtigte im Notfall schnell in den Einsatzraum fahren. Eine schnelle Entfluchtung ist möglich.

Nutzung von Wassersperrsystemen:

Die preisgünstigen faltbaren Container haben ein geringes Leergewicht und ein großes Fassungsvermögen. Im befüllten Zustand lässt sich mit wenigen dieser Systeme eine hohe Sperrwirkung erzielen. Sie können auf jedem geraden Untergrund aufgebaut werden und sind auch für andere Einsatzzwecke verwendbar.

Zertifizierung von Sperrsystemen:

Bei zukünftigen Einsätzen sollten idealerweise nur zertifizierte Fahrzeugsperren genutzt werden. Die Deutsche Hochschule der Polizei in Münster hat eine beispielhafte technische Richtlinie für mobile Fahrzeugsperren erarbeitet (siehe „Good Practices“).

Contra

Die tatsächliche Schutzwirkung der meisten Fahrzeuge (abhängig von Gewicht und Beschaffenheit) ist unbekannt.

Wie Crash-Tests mit Lkw ergeben haben, stellen die Barrieren je nach Anprallwinkel keinen ausreichenden Schutz dar. Die Barrieren können selbst zur Gefahr werden.

Um eine hohe Sperrwirkung zu erreichen, werden mehrere Elemente der preisintensiven Keilsperrsysteme benötigt.

Sie lassen sich beispielsweise nicht bei starker Neigung aufbauen. Im Falle einer Entfluchtung kann ihr Abbau zu lange dauern. Manipulationssicherheit?

Zertifizierung ist zeit- und kostenintensiv.



Technische Richtlinie Sperrsysteme

Die Deutsche Hochschule der Polizei in Münster hat 2018 eine technische Richtlinie für mobile Fahrzeugsperren erarbeitet.

Adressaten: Polizeibeamtinnen und -beamte.

Ziel: Standardisierung des Einsatzes von Fahrzeugsperren, Erstellen einer Grundlage für Beschaffungen.

Methode: Die Richtlinie unterscheidet zwischen allgemeinen und speziellen Anforderungen. Allgemeine Anforderungen beziehen sich auf die folgenden Kriterien:

- Verwendung – Die mobilen Fahrzeugsperren müssen technisch möglichst einfach, wenig personal- und schulungsintensiv, modular und flexibel einsetzbar sein.
- Modularität – Möglichkeit einer modularen Aufbauweise und ohne Spezialwissen schnell auf-, ab- und zusammenbaubar.
- Manipulationssicherheit – die Manipulierbarkeit durch handelsübliche Mittel ist auszuschließen.
- Maße, Gewichte, Funktionsfähigkeit – das Verladen, Transportieren, Platzieren und Verlagern sollte keine aufwendige Infrastruktur voraussetzen.

- Witterungsresistenz – die Schutzeigenschaften der mobilen Fahrzeugsperren müssen unabhängig von äußeren Bedingungen erhalten bleiben.
- Passive Sicherheit – sie sollten so beschaffen sein, dass Personen nicht gefährdet sind und Verletzungen vermieden werden.
- Rettungswege und Entfluchtung – im Ereignisfall ist es wichtig, dass sich Durchlassstellen zügig und mit möglichst einfachen Mitteln einrichten lassen.
- Wartung, Lagerung, Aufbewahrung, Umweltverträglichkeit – es gilt, robuste und wartungsarme Sperren einzusetzen.

Spezielle Anforderungen beschreiben insbesondere den konkreten Prüfungsprozess: Die Sperren sind aus zwei verschiedenen Winkeln (45 und 90 Grad) zu testen. Bei der Prüfung ist der Nachweis über die Wirksamkeit zu erbringen. Auch die Leistungsparameter einer Sperre für eine bestimmte Schutzklasse sollten ermittelt werden.



National Vehicle Threat Mitigation Unit (NVTMU)

Die National Vehicle Threat Mitigation Unit (NVTMU) ist eine Einheit des National Counter Terrorism Security Office (NaCTSO) der britischen Polizei. Sie besteht aus Polizeikräften, die in Bezug auf Überfahrtaten besonders ausgebildet sind. Sie sind Experten in der Nutzung eines umfassenden Depots von zertifizierten mobilen Sperrsystemen, des National Barrier Asset (NBA).

Adressaten: Polizeibeamtinnen und -beamte der NVTMU, Kooperationspartner aus anderen Behörden, Politik und Industrie.

Ziel: Bündelung von Kompetenz und Ausstattung in Bezug auf Überfahrtaten. Identifikation von Innovationen und Festlegung neuer Standards für mobile Sperrsysteme.

Methode: Die NVTMU arbeitet eng mit dem Centre for Protection of National Infrastructure (CPNI) zusammen. Sie hilft bei der Risikobewertung, berät taktisch zu Überfahrtaten und stellt bei Bedarf mobile Sperrsysteme zur Verfügung. Sie ist Schnittstelle zwischen Polizei, anderen Behörden und Politik, wenn es um die Gefahr von Überfahrtaten geht. Unterstützung bietet auch die Industrie, insbesondere wenn für Großveranstaltungen zusätzliche Sperrsysteme transportiert oder gemietet werden müssen. NVTMU-Kräfte sind im gesamten Königreich im Einsatz und reisen, wenn nötig, auch nach Übersee.



Handlungsempfehlungen



Für den Veranstaltungsschutz im öffentlichen Raum ist die Bündelung von Wissen (Know-how und Technik) essenziell. Durch die Einbindung der Bevölkerung und flankierende polizeiliche Maßnahmen kann ein umfassendes Bild zur Beurteilung der Lage gewonnen werden.

Grundvoraussetzungen für den Schutz öffentlicher Räume:

- **Zusammenarbeit aller Akteure:** Sie ist der Schlüssel zu einem sicheren Ablauf. Eine sorgfältige Planung bildet das Fundament.
- **Wissensbündelung:** Ein zentraler Ansprechpartner sollte über Fachwissen zu Terroranschlägen verfügen. Wissensbündelung empfiehlt sich auch beim komplexen Thema mobiler Fahrzeugsperren insbesondere, wenn nicht zertifizierte Systeme zum Einsatz kommen.
- **Nutzung zertifizierter Systeme:** Es gibt nicht das eine perfekte Sperrsystem – je nach Gegebenheiten hat jedes System Vor- und Nachteile. Es ist wichtig, zertifizierte Systeme durchdacht einzusetzen. Falsch eingesetzte Sperren können zu einer erheblichen Gefahr werden.
- **Aufklärung:** Bewährt hat sich eine kontinuierliche Einbindung der Bevölkerung samt flankierender polizeilicher Maßnahmen.

”

Wir suchen ständig nach neuen Wegen, den öffentlichen Raum und Veranstaltungen in unserer Stadt zu sichern. Diese Arbeit endet nie. Und neue Erkenntnisse sind immer spannend.

Das Projekt SafeCi hat uns die großartige Gelegenheit eröffnet, von unseren europäischen Kolleginnen und Kollegen zu lernen. Gleichzeitig konnten wir neue Wege beschreiten, um unsere Städte für Bürgerinnen und Bürger sowie Touristinnen und Touristen gleichermaßen sicherer zu machen. Es freut uns, dass wir durch den Austausch von Fachwissen zum Erfolg und der Weiterentwicklung des Projekts beitragen konnten.

Dadurch, dass wir unsere Erfahrungen mit anderen Polizeibehörden des Partner-Netzwerkes teilen, erhalten wir außerdem ein exzellentes Feedback auf unseren eigenen Ansatz der Polizeiarbeit.

Erik Widstrand, Leiter der Polizei Stockholm City, Polismyndigheten

Schweden

5

Der Schutz kritischer Infrastruktur



Einleitung

Kommunikation ist der elementare Schlüsselfaktor für schnelle und belastbare Entscheidungsprozesse in Krisensituationen. Sie dient der Risikominimierung im Vorfeld.

Kritische Infrastrukturen sind die Lebensadern unserer modernen Gesellschaft. Ihr komplexes Geflecht umgibt und durchzieht die politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Zentren unserer Gesellschaft. Ein Ausfall oder die Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit hat weitreichende Folgen für die Bevölkerung und den jeweiligen Wirtschaftsstandort.

Sowohl die privaten als auch die staatlichen Betreiber kritischer Infrastrukturen sehen sich heute mit zahlreichen Risiken konfrontiert, von Naturkatastrophen oder Unfällen bis zur steigenden Zahl krimineller An-

griffe. Neben den klassischen Cyberattacken stellen neue technologische Entwicklungen Einfallstore für Angreifer dar und nicht zuletzt seit Jahren auch gezielte Angriffe durch Terroristen. Gerade für hochentwickelte Industrienationen ist die ständige störungsfreie Funktionalität kritischer Infrastrukturen von zentraler Bedeutung.

Die Verantwortung für die Identifizierung kritischer Infrastrukturen liegt jeweils beim Staat. Private und staatliche Stakeholder sind beteiligt. Dies setzt ein abgestimmtes Vorgehen sowie geeignete und belastbare Kommunikationsstrukturen voraus.

Kritische Infrastruktur

Bislang existiert innerhalb der Partnerländer keine einheitliche, verbindliche Definition für den Begriff der kritischen Infrastruktur. Nach Richtlinie des EG-Rates vom 8. Dezember 2008 bezeichnet sie „die in einem Mitgliedstaat gelegene Anlage, ein System oder ein Teil davon, die von wesentlicher Bedeutung für die Aufrechterhaltung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen, der Gesundheit, der Sicherheit und des wirtschaftlichen oder sozialen Wohlergehens der Bevölkerung sind und deren Störung oder Zerstörung erhebliche Auswirkungen auf einen Mitgliedstaat hätte, da diese Funktionen nicht aufrechterhalten werden könnten [...]“

Die Befragung der Partnerländer hat gezeigt, dass der Bestimmung kritischer Infrastruktur jeweils folgende Fragestellungen vorausgehen:

- + In welcher Abhängigkeit stehen kritische Infrastrukturen zueinander? (Interdependenz)
- + Wie bedeutsam ist eine kritische Infrastruktur in Bezug auf die Konsequenzen einer Störung oder eines Funktionsausfalls auf die Versorgungssicherheit der Gesellschaft? (Kritikalität)
- + Wie können Auswirkungen von Störungen abgemildert und so die kontinuierliche Bereitstellung der Grundfunktionen einer kritischen Infrastruktur gewährleistet werden? (Resilienz)
- + Wie schadensanfällig ist eine kritische Infrastruktur? (Vulnerabilität)



Herausforderungen

Kommunikation ist der maßgebliche Schlüsselfaktor bei der Identifizierung und beim Schutz kritischer Infrastrukturen. Dies wurde im Rahmen des intensiven Austausches zwischen den Projektländern deutlich.

Allerdings gestaltet sich dieser Austausch nicht immer unkompliziert. Ein interdisziplinäres Zusammenspiel zwischen staatlichen Akteuren und privaten Institutionen ist daher unerlässlich.

- + Kommunikation entwickelt eine Eigendynamik im Kontext öffentlicher Verwaltung und bürokratischer Entscheidungswege, föderaler Strukturen und sachlicher Mehrfachzuständigkeiten sowie klassischer verfassungsrechtlicher Trennungsangebote.
- + Der Informationsaustausch privater Betreiber kritischer Infrastrukturen ist oftmals sehr restriktiv.
- + Die Rahmenbedingungen für die Kommunikation im Krisenmanagement sind europäisch. Bei den Projektpartnern handelt es sich aber mehrheitlich um Polizeibehörden auf Landes- beziehungsweise Regionalebene, deren Interessenfokus adäquaten konkreten polizeilichen Maßnahmen gilt.

Das österreichische Programm zum Schutz kritischer Infrastrukturen bildet ein im Vergleich einzigartiges Best-Practice-Beispiel ab. Die Identifizierung der erfolgskritischen Faktoren zur Kommunikation zwischen staatlichen Stakeholdern und Betreibern kritischer Infrastrukturen sollte sich daher vornehmlich an der Vorgehensweise der Landespolizeidirektion Wien orientieren.



Austrian Program for Critical Infrastructure Protection (APCIP)

Das österreichische Programm zum Schutz von kritischer Infrastruktur (APCIP) baut auf dem europäischen Programm zum Schutz kritischer Infrastrukturen (EPCIP) auf.

Adressaten: Österreichische Behörden und Betreiber kritischer Infrastruktur.

Ziel: Steigerung der Resilienz kritischer Infrastrukturen. Die betroffenen Unternehmen sollen durch eine umfassende Risikoanalyse ihre möglichen Schwachstellen identifizieren. Daraus abgeleitete Maßnahmen sollen helfen, Risiken zu vermeiden, zu vermindern oder zu verhindern. Darüber hinaus ist beabsichtigt, das betriebliche Kontinuitätsmanagement der Unternehmen und Organisationen zu verbessern und ein Sicherheitsmanagement einzurichten.

Methode: Neben der freiwilligen Kooperation der Stakeholder gelten folgende Grundsätze:

All Hazards Approach: „Safety-Risiken“ (Naturgefahren, von Menschen verursachte Katastrophen und technisches Versagen) und „Security-Risiken“ (kriminelle Akte, terroristische Anschläge u.ä.) werden berücksichtigt.

Operator-based Approach: Österreich orientiert sich bei der Identifizierung der kritischen Infrastrukturen an den betroffenen Betreibern und kooperiert mit diesen vollinhaltlich.

Subsidiarität und Selbstverpflichtung: Die Betreiber und Eigentümer der kritischen Infrastrukturen sind prinzipiell für den Schutz ihrer Anlagen und Einrichtungen selbst verantwortlich. Eine freiwillige Selbstverpflichtung und das Bekenntnis zu erhöhten Schutzstandards sollen die Resilienz des Unternehmens steigern.

Komplementarität: Neu beschlossene Maßnahmen oder Pläne bauen auf bereits bestehenden auf. Sie werden entsprechend den jeweiligen Bedrohungsarten und -lagen angepasst.

Vertraulichkeit: Der Austausch von Informationen im Rahmen des APCIP erfolgt auf vertraulicher Basis. Die Informationen werden im Sinne des Need-to-know-Prinzips verarbeitet.

Verhältnismäßigkeit: Kosten und Maßnahmen zur Steigerung der Resilienz werden individuell der jeweiligen Risikosituation angepasst.

Kooperation: Ein Austausch zwischen allen Stakeholdern soll das APCIP weiterentwickeln sowie die effiziente und effektive Umsetzung sicherstellen. Durch das Einbeziehen von Unternehmen, Interessenverbänden, öffentlicher Verwaltung, Normungsinstituten und Medien werden unterschiedliche Perspektiven berücksichtigt.

Das APCIP-Programm beinhaltet im Wesentlichen folgende Schritte:

Zunächst werden die kritischen Infrastrukturen in Österreich identifiziert und in einer jährlich aktualisierten und angepassten Liste gesammelt.

Eine Kategorisierung ermöglicht es anschließend zu priorisieren. Hinsichtlich der Auswirkungen beim Ausfall kritischer Infrastrukturen wird zwischen national und europäisch (mindestens zwei Mitgliedstaaten betroffen) unterschieden.

Mithilfe einer Bewertungsmatrix lassen sich schließlich die Auswirkungen auf die jeweilige kritische Infrastruktur bei Störung oder Ausfall der Funktionsfähigkeit beurteilen.

Betroffene Unternehmen werden hierbei gemeinsam mit dem Betreiber der kritischen Infrastruktur in drei Kategorien (A, B und R) eingeteilt:

Kategorie A: Das Leben oder die Gesundheit von Menschen ist betroffen. Mindestens ein Kriterium ist im roten und keins im grünen Bereich der Matrix

Kategorie B: Mindestens ein Kriterium ist im roten oder gelben Bereich

Kategorie R: Mindestens ein Kriterium ist im roten oder gelben Bereich, allerdings auf ein einzelnes Bundesland bezogen

Bewertungsmatrix kritische Infrastruktur			
Auswirkung	Hoch	Mittel	Gering
Zeit	Minuten/Stunden	Tage/Wochen	Monate/Jahre
Art	Leben/Gesundheit, Funktionieren des Staates in hohem Ausmaß betroffen	Hoher wirtschaftlicher Schaden; Funktionieren des Staates	Geringer wirtschaftlicher Schaden; sonstige Auswirkungen
Ausmaß	Große Teile der Bevölkerung (min. 1 %)	Teile der Bevölkerung (min. 0,1 %)	Einzelne Personen
Redundanz	Leistung nicht/kaum substituierbar	Leistung kurzfristig substituierbar	Leistung längerfristig substituierbar



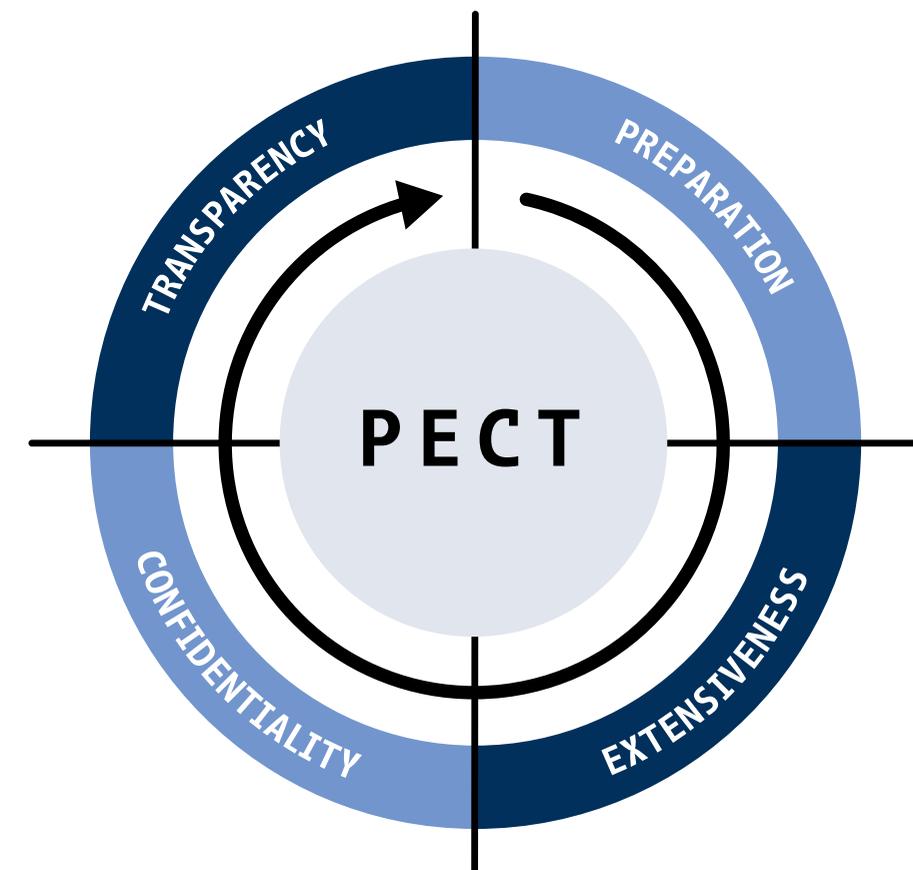
Handlungsempfehlungen

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass Kommunikation den elementaren Schlüsselfaktor für den Schutz kritischer Infrastrukturen darstellt. Interdisziplinarität

auf allen Ebenen zwischen staatlichen Akteuren und auch privaten Institutionen ist dabei unerlässlich. Hierfür bedarf es verbindlicher struktureller Vorgaben.

Der Schutz kritischer Infrastrukturen basiert auf vier Säulen:

- **Vorbereitung (Preparation):** Eine Krisenbewältigung kann nur dann erfolgreich sein, wenn zeitnah möglichst effektiv und effizient kommuniziert wird. Kommunikationsformen müssen festgelegt werden und den Beteiligten die Kommunikationsstrukturen des jeweils anderen bekannt sein. Die Kommunikation in der Krise ist vor deren Eintreten im Rahmen eines Kommunikationskonzeptes zu regeln.
- **Umfänglichkeit (Extensiveness):** Staatliche Akteure und Betreiber müssen ihre Ziele, Prozesse und Strukturen sowie ihre Fähigkeiten und Mittel im Vorfeld bewusst miteinander abstimmen und vernetzen.
- **Vertraulichkeit (Confidentiality):** Schutzmaßnahmen effektiv und geeignet umzusetzen, obliegt den Betreibern selbst. Gerade in der Praxis sind informelle Kommunikationswege zwischen ihnen und den staatlichen Akteuren für eine erfolgreiche Zusammenarbeit essenziell. Im Krisenfall kann auch die ebenen- und ressortübergreifende Kommunikation auf kurzen Wegen entscheidend sein. Eine Vertrauensbasis ist dafür unerlässlich.
- **Transparenz (Transparency):** Die Sensibilität der Bevölkerung gegenüber den Risiken und die Gefahren, denen kritische Infrastrukturen ausgesetzt sind, ist nach wie vor gering. Es empfiehlt sich, darüber nachzudenken, wie das Bewusstsein durch Transparenz, Informationen und Beratung geweckt und aufrechterhalten werden kann.



”

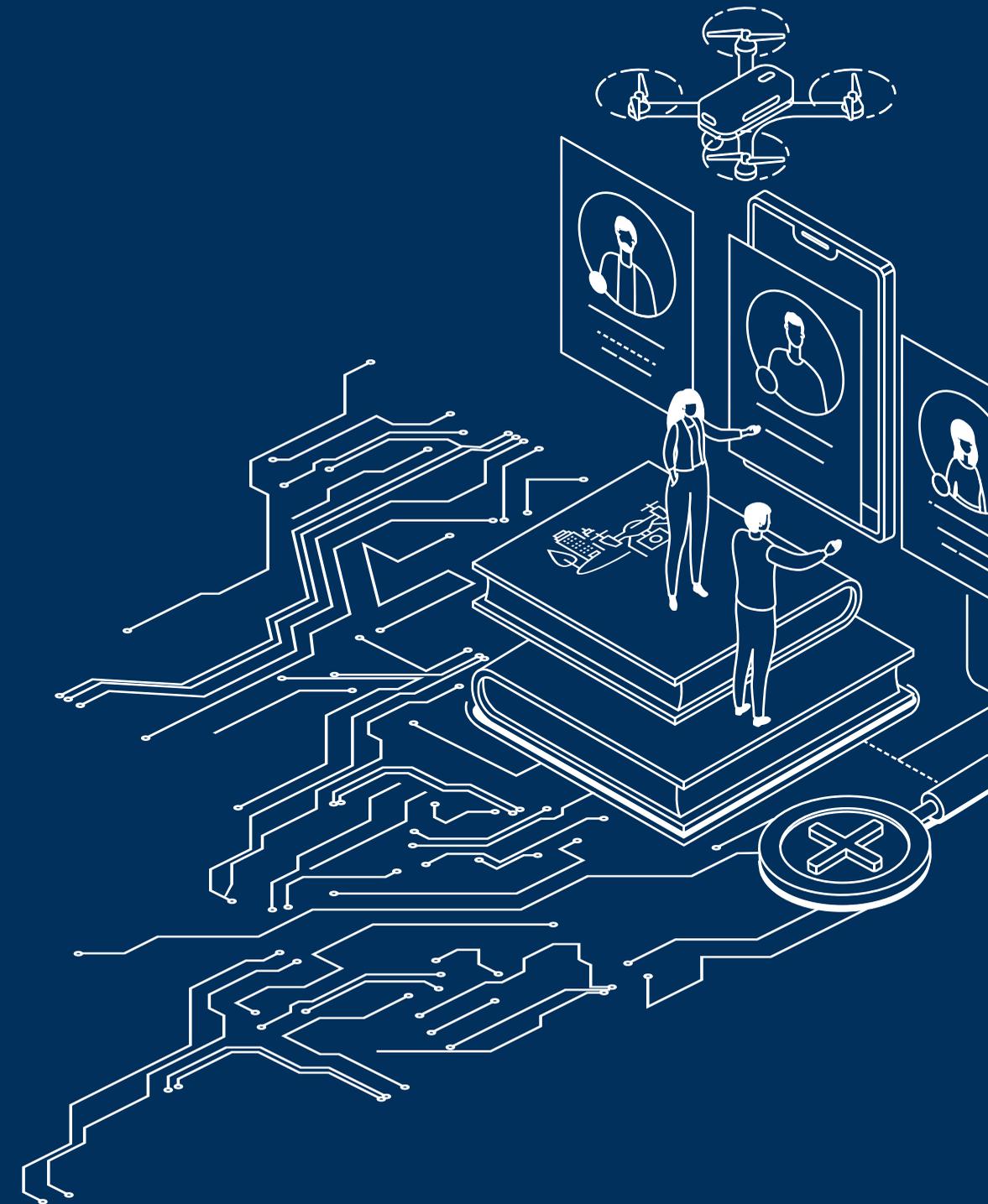
Als Polizeipräsident von Wien freut es mich sehr, dass die Hauptstadt von Österreich am Projekt „SafeCi – Safer Space for Safer Cities“ teilnimmt.

Die Sicherheit der Bevölkerung hat für uns höchste Priorität. Dieses erfolgreiche transnationale Projekt hat wieder einmal bewiesen, wie wichtig internationaler Austausch ist. Nur gemeinsam und in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern können wir wirkungsvoll dazu beitragen, Terroranschläge zu verhindern und den Schutz der Öffentlichkeit weiter auszubauen.

Dr. Gerhard Pürstl, Landespolizeipräsident Landespolizeidirektion Wien

Österreich

6 Innovative Ansätze zum Schutz öffentlicher Räume





Einleitung

Die neuen Technologien können bei missbräuchlicher Nutzung eine schwer einzuschätzende Gefahr für öffentliche Räume darstellen. Es ist daher unabdingbar, dass sich die europäischen Sicherheitsbehörden intensiv mit der Drohnentechnologie auseinandersetzen. Gleiches gilt für neue Methoden zur Personenerkennung und Videoüberwachung.

Der Fortschritt macht auch vor dem Schutz öffentlicher Räume nicht halt. Lösungsansätze entwickeln sich stetig weiter. Darüber hinaus zwingen neue Erscheinungsformen von Terrorismus Sicherheitsbehörden dazu, sich immer wieder den veränderten Bedrohungslagen anzupassen. Dies betrifft sowohl neue Trends bei der Ausrichtung terroristischer Aktivitäten als auch neue Tatbegehungsweisen, die vorher nicht oder kaum zu beobachten waren.

Sich verändernde Rahmenbedingungen und die Dynamik in der technischen Entwicklung zwingen Sicherheitsbehörden somit dazu, sich auch mit innovativen Ansätzen zum Schutz öffentlicher Räume auseinanderzusetzen.

Der Fokus liegt hier insbesondere auf den Themenfeldern Drohnen und wahrnehmungsbezogene Technologien.



Herausforderungen

Drohnen und der Schutz öffentlicher Räume

Unbemannte Luftfahrzeuge („Unmanned Aerial Vehicles“, UAV) werden spätestens seit Beginn des zurückliegenden Jahrzehnts zur Gruppe zukunftsweisender Technologien gezählt. Diese Entwicklung ist vor allem auf die zuletzt stark erweiterten technischen Möglichkeiten und damit neuen Anwendungsgebiete für Drohnen zurückzuführen.

Eine stärkere Verbreitung von Drohnen birgt aber auch Gefährdungsszenarien für öffentliche Räume. Es ist daher von großer Bedeutung, dass sich die Polizeibehörden europäischer Städte stärker als bisher mit dem Thema Drohnen auseinandersetzen – und mit Möglichkeiten zur Prävention und Abwehr realistischer Gefährdungsszenarien.

Folgende Punkte sollten dabei berücksichtigt werden:

- + **Das Konzept der Drohnenabwehr befindet sich derzeit noch in einem unausgereiften Stadium, sowohl aus technologischer als auch aus sozialgesellschaftlicher Perspektive.** Es bedarf regelmäßig aktualisierter Beurteilungen der Entwicklungsprozesse.
- + **Rechtliche Grundlagen sind elementar für die Maßnahmen zum Schutz öffentlicher Räume.** Im zivilen Drohnensektor betrifft dies die Regulierung technischer Voraussetzungen und erlaubter Anwendungen sowie die Rahmenbedingungen der Steuerung und Nutzung von Drohnen für private, behördliche und gewerbliche Anwender.
- + **Drohnen können bei verschiedensten polizeilichen Aufgaben Verwendung finden,** diese erleichtern und die Qualität der Aufgabenbewältigung erhöhen. Nur ein Teil der möglichen Anwendungen fällt

jedoch tatsächlich unter den Schutz öffentlicher Räume.

- + **Der polizeiliche Einsatz von Drohnen ist rechtlich strittig.** Für die behördliche Nutzung von UAV sind weitere Rechtsbereiche (Polizeirecht, Datenschutzrecht, Verfassungsrecht usw.) zunehmend relevant, die über grundlegende Regulierungen hinausreichen. Zudem spielt auch die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung sowie der Arbeitsschutz eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Es wird deutlich, dass dem Thema Drohnen in Zukunft mehr Bedeutung innerhalb der europäischen Polizeilandschaft zukommen sollte. Dies betrifft unter anderem die strategische Ausrichtung von Polizeibehörden, aber auch die finanzielle und personelle Ausstattung von Polizeieinheiten, die sich mit der Abwehr und dem Einsatz von Drohnen beschäftigen. Die Polizeibehörden der Partnerländer haben von unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Ausstattungen berichtet. Kooperation und Austausch sind essenzielle Prozesse, um die polizeiliche Handlungsfähigkeit auf europäischer Ebene dauerhaft zu gewährleisten.

Gefährdung öffentlicher Räume im Kontext der Drohnentechnologie

Zwei Aspekte sollten insbesondere von Polizeibehörden und politischen Entscheidungsbefugten europaweit bedacht werden:

- + **Es gibt immer mehr Drohnen.** Auch durch sinkende Preise wird sich diese Entwicklung noch deutlich steigern (geschätzt für das Jahr 2050: etwa 400.000 UAV für behördliche und wirtschaftliche Zwecke, davon rund 50.000 für Polizei- und Feuerwehraufgaben; etwa 7 Millionen Drohnen in privater Nutzung).



- + **Drohnen könnten als Waffe eingesetzt werden,** indem Täter sie gezielt auf Menschen oder Menschenmengen steuern. Allein durch ihre Bauart sind dabei schwere Verletzungen wahrscheinlich. Sie könnten darüber hinaus auch als Transportmittel für Sprengstoff oder CBRN-Stoffe eingesetzt werden. An ihnen befestigte Schusswaffen ließen sich über Fernsteuerung auslösen. Extremistische Einzeltäter oder Organisationen könnten sich illegal Zugriff auf militärische Drohnen verschaffen und diese missbräuchlich einsetzen.

Polizeilicher Schutz öffentlicher Räume im Kontext der Drohnentechnologie

Mehrere thematische Schwerpunkte kennzeichnen den Schutz urbaner öffentlicher Räume durch den Einsatz von Drohnen:

- + **Aufklärung:** Im Sinne polizeilicher Öffentlichkeitsarbeit dürfte Aufklärung die Polizei im Zusammenhang mit UAV meistens nur nebensächlich und spontan betreffen (z. B. Aufklärung von Pilotinnen und Piloten, die ohne Gefährdungsvorsatz gegen Regelungen verstoßen). Alternativ sind Aufklärungskampagnen sowie Aufklärung im Rahmen einer beratenden Tätigkeit denkbar.

- + **Drohnenabwehr:** Nach herrschender Meinung erfolgt diese in drei Phasen: Detektion, Identifikation/Verifikation und eigentliche Abwehr. Für eine erfolgreiche Drohnenabwehr sind sowohl technische, finanzielle und organisatorische also auch personelle und rechtliche Bedingungen entscheidend. Insbesondere der technische Aspekt unterliegt einer stetigen Entwicklung, da die Technologie von Drohnenabwehrsystemen mit der schnellen Entwicklung der Luftfahrtgeräte mithalten muss.

- + **Polizeilicher Einsatz von Drohnen:** Drohnen sind für Polizeibehörden vielseitig einsetzbar. Einige dieser Anwendungsszenarien bieten Möglichkeiten, um den Schutz öffentlicher Räume zu erhöhen.

- + **Rahmenbedingungen:** EU-Verordnungen (für Betrieb, Versicherungen und Spezifikationen von UAV) gelten für alle Mitgliedstaaten und können auf nationaler Ebene ergänzt oder ausgeformt werden. Die Polizei hält sich an luftrechtliche Vorschriften des jeweiligen Mitgliedstaates. Auf rechtliche Aspekte treffen gesellschaftliche Vorbehalte und Bedenken – das Thema berührt also auch ethische Fragen.

Wahrnehmungsbezogene Technologien

Videoüberwachung und Künstliche Intelligenz

Das Thema Videoüberwachung zum Schutz öffentlicher Räume durch staatliche Institutionen ist emotional besonders aufgeladen. Seit Jahren wird es gesellschaftspolitisch und auch datenschutzrechtlich intensiv diskutiert.

In Zeiten intensiven gesellschaftlichen Wandels oder politischer Krisen steigt das Bedürfnis der Bevölkerung nach Sicherheit. Die Videoüberwachung stellt einen wichtigen Baustein zum Schutz öffentlicher Räume dar – zur Gefahrenabwehr und zur Verfolgung bereits begangener Taten.

Bei der flächendeckenden Videoüberwachung zum Schutz öffentlicher Räume wird heute aufgrund der eher geringen Kosten ein großes Areal durch Kameras und daran angeschlossene Systeme unmittelbar observiert.

Im Zusammenhang mit neuen Technologien und großen Datenmengen wird außerdem oft der Begriff „Big Data“ verwendet. Da bei der Videoüberwachung von öffentlichen Räumen, insbesondere Gebäuden und großen Plätzen, eine Vielzahl an Kameras zum Einsatz kommt, entstehen gigantische Mengen an Daten. Diese müssen zumindest gesichert, am besten jedoch live gesichtet beziehungsweise ausgewertet werden.

Es ist schwierig, die immensen Mengen an Daten langfristig zu speichern und so zu archivieren, dass sie auch später noch sinnvoll nutzbar sind. Ein logischer nächster Schritt wäre die Vorselektion durch Softwareprogramme, die mithilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) die Videodateien in eine sinnvolle Reihenfolge für ihre Sichtung bringen. Diese Methode stößt auch auf rechtliche Grenzen, da Datenschutz, -sicherheit und -sparsamkeit innerhalb Europas sehr heterogen betrachtet werden. Grundsätzlich kann der Einsatz von Systemen, die auf künstlicher Intelligenz basieren, den menschlichen Sichtungsaufwand erheblich reduzieren.

Überwachung

Nach David Lyon, einem der führenden Forscher auf dem Gebiet der Überwachungsforschung, handelt es sich bei Überwachung um die „fokussierte, systematische und laufende Aufmerksamkeit“. Meist erfolgt sie vorsätzlich und unter Einsatz bestimmter Protokolle und Techniken. Bei der „klassischen“ Videoüberwachung wird zufällig oder spontan ein Geschehen aufgezeichnet. Das Material wird später zu Auswertungszwecken gesichtet.

Super Recognizer (SR)

Der Begriff „Super Recognizer“ wird von den Medien, den in der Strafverfolgung tätigen Berufsgruppen und in der Wissenschaft unterschiedlich verwendet; auch innerhalb eines jeweiligen Bereiches besteht kein Konsens über die Wortbedeutung. Im vorliegenden Kontext bezeichnet der Begriff Menschen, die über eine natürlich auftretende überdurchschnittliche Fähigkeit zur Erkennung und Verarbeitung menschlicher Gesichter verfügen.

Super Recognizer in der Polizeiarbeit

In den letzten Jahren hat das Interesse der internationalen Sicherheitsbehörden an sogenannten Super Recognizern (SR) stetig zugenommen. Aufgrund ihrer besonderen Fähigkeiten könnten diese dabei helfen, Gefahren für öffentliche Plätze zu erkennen – und damit Leben retten. In Deutschland haben mehrere Landespolizeibehörden unabhängig voneinander Maßnahmen ergriffen, um solche SR ausfindig zu machen respektive einsetzen zu können.

Besondere Herausforderungen sind hier:

- + Es gibt keine allgemein anerkannte Begriffsdefinition.
- + Es erscheint fraglich, ob die an SR gestellten fachlichen Erwartungen (sofern a priori eindeutig bestimmt) erfüllt werden können.
- + Noch gibt es keine empirisch validierten, angemessenen, allgemein anerkannten Kriterien/Tools für die Auswahl von SR in den Polizeibehörden.
- + Es existiert kein systematisches Verfahren für die Erhebung und Übermittlung von Befunden, um Maßnahmen zu Auswahl und Einsatzgebieten bewerten zu können. Dies ist unabdingbar, um die Angemessenheit und den Nutzen von SR für zukünftige polizeiliche Einsatzstrategien zu bewerten und somit dem Anspruch einer evidenzbasierten Polizeiarbeit zu genügen.

Menschen können Gesichter auf verschiedenen Ebenen verarbeiten, wobei die Komplexität von einer Stufe zur nächsten zunimmt. Neben der visuellen Wahrnehmung beanspruchen die Erkennung und Identifizierung als höchste Verarbeitungsstufen auch das Gedächtnis. Sämtliche Stufen können durch Bildabweichungen beeinflusst werden – zum Beispiel durch altersbedingte Veränderungen, oder Unterschiede bei der Beleuchtung oder Bildauflösung.

Einsatzmöglichkeiten von SR:

- + **Ermittlungen zur Aufklärung von Terror-Anschlägen** und weiterer Straftaten oder präventiv durchgeführter Einsätze, die Bedrohungen minimieren.
- + **Auswertung von Bildern und Videos** aus Überwachungstechnik, um Verdächtige und/oder Opfer zu identifizieren oder von Gesichtserkennungssoftware erzielte Treffer zu verifizieren.
- + **Abwehr von Gefahren für öffentliche Räume** – beispielsweise dann, wenn die Polizei Erkenntnisse über einen geplanten Anschlag auf einen öffentlichen Platz erhält. Hier könnten SR Täter entdecken und Folgemaßnahmen ermöglichen.



Berlin Test for Super-Recognizer Identification (BeSuRe)

Das Innovationsmanagement des Berliner LKA kooperiert seit 2017 mit wissenschaftlichen Partnern unter der Leitung von Dr. Meike Ramon von der Universität Freiburg (Schweiz), einer führenden Expertin auf dem Gebiet der menschlichen Fähigkeit zur Verarbeitung und Erkennung von Gesichtern. Gemeinsam haben sie das Testverfahren "Berlin Test for Super-Recognizer Identification (BeSuRe)".

Adressaten: LKA Berlin (Innovationsmanagement), Polizeikräfte, Forschung.

Ziel: Schließen der Lücke zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und deren praktischer Anwendung. Identifikation des Typus „Super Recognizer“.

Methode: Es wurde ein Testverfahren entwickelt, das speziell auf die konkreten Interessen und Bedürfnisse der Polizei Berlin zugeschnitten ist. Es besteht aus zwei Phasen, in denen State-of-the-art-Verfahren aus der Wissenschaft mit für die Polizeiarbeit relevanten Materialien und Szenarien kombiniert werden.

- Ein erster Test dient dazu, Personen mit unterdurchschnittlichen Gesichtsverarbeitungsfähigkeiten ausfindig zu machen. So können diese aus dem Gesamtpool ausgeschlossen werden.
- Die verbleibenden Personen können an weiteren Tests teilnehmen. Hier wird authentisches polizeiliches Lichtbild- und Videomaterial genutzt. Verschiedene Szenarien werden simuliert, die SR im Rahmen eines realen Einsatzes bewältigen müssten. Die unterschiedlichen Bedingungen, die damit abgebildet werden, ermöglichen eine differenziertere Unterscheidung zwischen den Leistungsprofilen der Getesteten (also welche Trefferquote und Reaktionszeit sie in welchen Einsatzszenarien vorweisen), was für den späteren kompetenzbasierten Einsatz sinnvoll ist.

Seit Herbst 2020 wird der BeSuRe pilotiert. Danach können alle rund 18.000 Berliner Polizeikräfte freiwillig teilnehmen. Sobald der BeSuRe validiert ist, soll es auch anderen Polizeibehörden zur Verfügung gestellt werden.



Drohnen: Finnish Police Unmanned Aviation

Die finnische Polizei beschäftigt sich seit 2012 intensiv mit dem unterstützenden Einsatz von Drohnen. Die UAS-Arbeitsgruppe des Innenministeriums erarbeitete frühzeitig grundlegende Schritte. Diese werden seit 2014 von einer Kooperationsgruppe innerhalb des Innenministeriums schrittweise umgesetzt.

Adressaten: UAS-Arbeitsgruppe sowie Kooperationsgruppe des Innenministeriums, Polizeibeamtinnen und -beamte.

Ziel: Effizienz, Effektivität und Arbeitssicherheit bei den polizeilichen Tätigkeiten bezüglich Drohneinsatz und -abwehr sollen übergreifend gesteigert werden.

Methode: In Finnland werden mittlerweile über 160 UAS polizeilich eingesetzt (Konsumenten-Modelle, professionelle und speziell nach polizeilichen Anforderungen im Inland gebaute Modelle).

- Seit 2017 finden nach Erstellung einer Polizei-RPA/S-Richtlinie und der Beschaffung von UAS intensive Schulungen statt.
- Im Jahr 2019 verfügte die finnische Polizei bereits über 390 ausgebildete Drohnenpilotinnen und -piloten (mehr als fünf Prozent aller Polizeikräfte in Finnland, davon allein 40 in Helsinki).
- Fortlaufend wird weiteres Personal ausgebildet. Fortbildungen zur Aneignung taktischer Fertigkeiten für den Einsatz von UAS wurden entwickelt.
- Eine 2018 gegründete Experten-Arbeitsgruppe zur missbräuchlichen Verwendung von UAS hat unter anderem auch die Entwicklung von Abwehrkonzepten aufgegriffen.
- Seit 2019 wird bei der finnischen Polizei auch Detektions- und Störungstechnik beschafft, getestet und eingesetzt.

Zusätzlich zur Veranstaltungsüberwachung werden UAS bei Personenschutz, Tatortarbeit, Aufklärung, Observation, der Suche nach vermissten Personen, der Informationsbeschaffung zu Einsatzlagen und bei Fahndungsmaßnahmen genutzt.





Videüberwachung – Stockholm

Beispielhaft für die Erhöhung der Sicherheit öffentlicher Räume durch gut geplante und ausgedehnte polizeiliche Videüberwachung ist das Zentrum Stockholms:

Adressaten: Polizei, private Akteure.

Ziel: Steigerung der Sicherheit öffentlicher Räume.

Methode: Viele öffentliche Orte in Stockholm (wie Einkaufszentren, Bahnhöfe und kleinere Geschäfte) werden mithilfe von Kamertechnik überwacht. Diese wird von privaten Akteuren betrieben. Beim U-Bahnnetz hält der private Anbieter zudem Personal für eine Echtzeit-Auswertung bereit.

- Wird Ungewöhnliches wahrgenommen, entsendet die Polizei bei entsprechenden Verdachtsmomenten Einsatzkräfte.
- Bei besonderen Anlässen können der Polizei weitere Rechte freigeschaltet werden, sodass sie zum Beispiel bestimmte Kameras oder Videüberwachungsmaßnahmen in Echtzeit einsehen kann.
- Die Polizei hat auch selbst an öffentlichen Orten Kameras eingerichtet und führt Videüberwachungsmaßnahmen durch. Die Polizeibehörde entscheidet, welche Orte als Hotspots bewertet werden

den und wie Kamertechnik auf Grundlage der bestehenden Gesetze aufgestellt wird. Dabei kommt sie selbst für die Kosten auf und installiert die Kameras mit eigenen Mitteln und Ressourcen. Die Stadt Stockholm stellt Elektrizität und Netzkapazität zur Verfügung.

- Polizeilich installierte Kameras in der Innenstadt, welche die am häufigsten von Kriminalität betroffenen Orte abdecken, werden im polizeilichen Command Center operativ betreut, beobachtet und ausgewertet.
- Polizeikräfte können die Aufnahmen auch direkt vor Ort sichten und schnell reagieren.
- Sämtliche Polizei-Kameras sind von sehr guter Qualität und mit der Möglichkeit einer Live-Schaltung ausgestattet.
- Durch die jüngsten Gesetzesänderungen in Schweden ist es möglich geworden, die Videoaufnahmen bei strafrechtlichen Ermittlungen auch im Nachhinein zu verwenden.
- Künftig soll die Stockholmer Polizei über ein vollumfängliches Kameraüberwachungszentrum verfügen, in dem Polizeikräfte die Kameras live sichten und bedienen.
- Zusätzliche Kamerasysteme von privaten Betreibern sollen in das bestehende System integriert werden.



Videüberwachung – Jerusalem

Die israelische Polizei untersteht dem Ministerium für öffentliche Sicherheit mit rund 30.000 Polizeikräften und 45.000 zivilen Hilfskräften. Sie ist allein für die Polizeiarbeit und die Strafverfolgung in Israel verantwortlich. Die Altstadt Jerusalems zählt 35.000 Einwohnerinnen und Einwohner und viele Touristinnen und Touristen aus der ganzen Welt. Aufgrund der politischen Relevanz sowie starker Spannungen zwischen den Religionen ist Jerusalem das Zentrum ständiger Konflikte.

Adressaten: Die Abteilung Mabat 2000 der israelischen Polizei, zuständig für die Videüberwachung in der Altstadt von Jerusalem.

Ziel: Angriffe verhindern, bevor sie geschehen; Täter identifizieren, falls ein Angriff nicht verhindert werden kann; den Polizeikräften vor Ort Echtzeitberichte übermitteln.

Methode: Im polizeilichen Kontrollzentrum laufen die Bilder von mehr als 400 Kameras mit Echtzeit-Aufnahmen und der Möglichkeit einer 360-Grad-Aufnahme zusammen. Laut Mabat 2000 gehört diese Technologie zu den fortschrittlichsten ihrer Art weltweit.

- Speziell ausgebildete Polizeibedienstete beobachten die Situation über Bildschirme in einem Schichtsystem rund um die Uhr.

- Sie sichten und prüfen den Schriftwechsel mit dem in der Nähe befindlichen Nachrichtendienst auf mögliche Bedrohungen.
- Außerdem haben sie die Situation in der Altstadt ständig im Blick. Bereits in der Ausbildung lernen sie, alle Straßen und Gassen genau zu identifizieren und zu wissen, welche Kamera welche Perspektive zeigen kann.
- Darüber hinaus sind in der Altstadt mehr als 600 Kräfte zu Fuß unterwegs, stets in direkter Verbindung zum Kontrollraum.
- Das System ermöglicht es, aufgezeichnete Sequenzen retrograd zu sichten, sodass genau ermittelt werden kann, wo Angriffe stattfanden. Wird ein Tatverdächtiger festgenommen, wird das Gesicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit als Beweis für das Gericht per Videoaufnahme festgehalten.
- Mit stationären Kamerasystemen kann die Polizei auch in Echtzeit Täter verfolgen, selbst wenn sie in ein Gebäude fliehen oder ihre Kleidung wechseln. In Israel ist der Wert solcher Aufnahmen in Gerichtsverfahren sehr hoch. Sie können als Beweismittel verwendet werden.





Handlungsempfehlungen

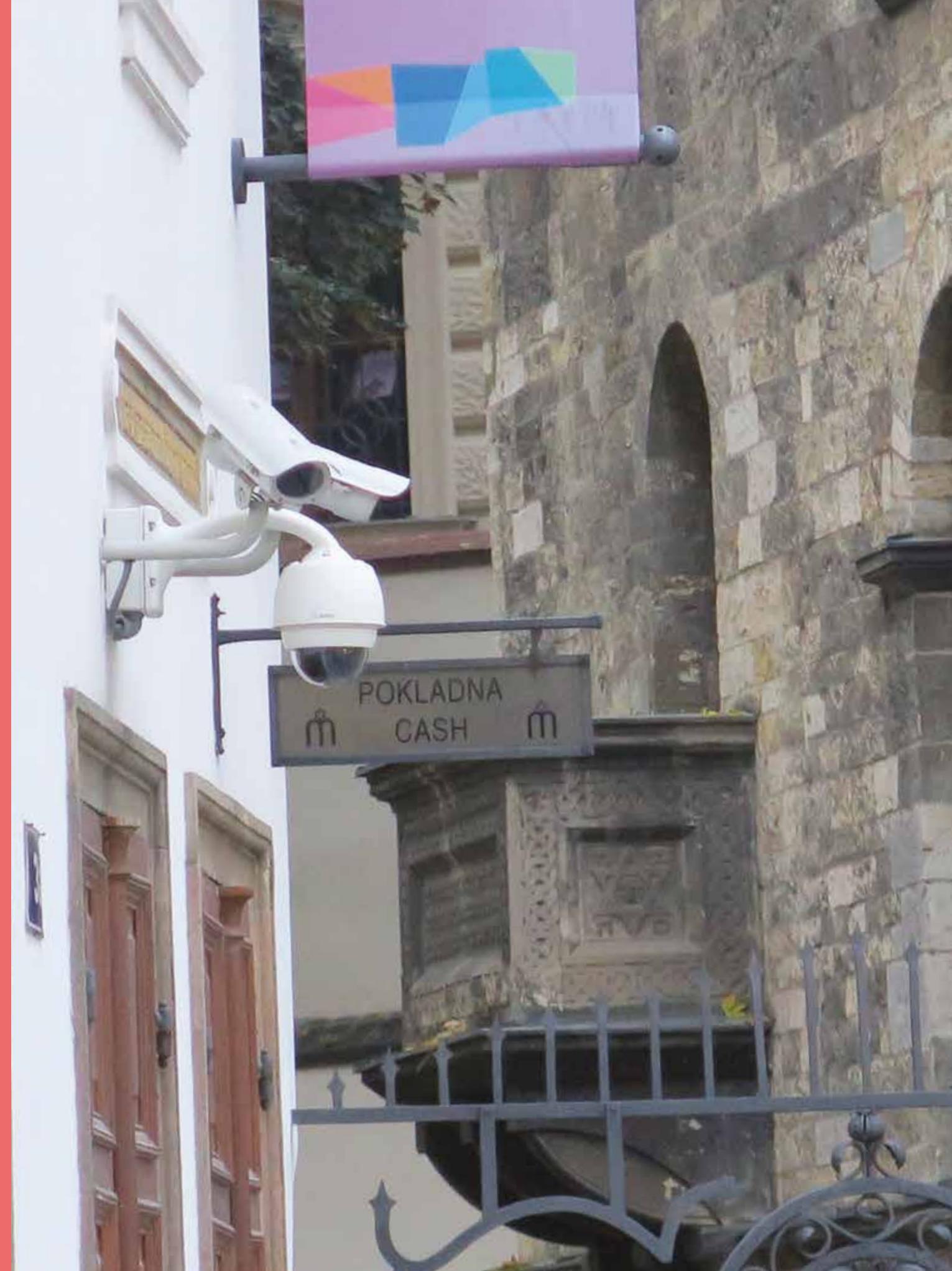
Im Rahmen des Projektes SafeCi wurden Drohnen als eine der aktuell relevantesten Technologien im Zusammenhang mit dem Schutz öffentlicher Räume identifiziert. Es erscheint unabdingbar, dass sich die europäischen Polizeibehörden langfristig intensiv mit der Drohnenthematik beschäftigen und sich somit zukunftsfähig machen. Auch Videoüberwachung leistet einen wichtigen Beitrag zum Schutz öffent-

licher Räume. Sie kann darüber hinaus politisch motivierte Straftaten wie terroristische Anschläge verhindern oder sofortiges Eingreifen ermöglichen.

Darüber hinaus können Super Recognizer die polizeiliche Arbeit erheblich unterstützen. Ihre einzigartige Kompetenz muss aber noch besser verstanden werden, bevor sie routinemäßig eingesetzt werden.

Voraussetzungen für den Einsatz innovativer Technologien beim Schutz öffentlicher Räume:

- **Stetiger Austausch:** Der Transfer von Erkenntnissen und „Good Practices“ zu innovativen Technologien, insbesondere zum Thema Drohnen, zwischen den SafeCi-Projektpartnern und weiteren möglichen Partnern muss weitergeführt werden.
- **Definition eines Drohnenbudgets:** Polizeibehörden sollten ein Budget für den Einsatz von Drohnen bestimmen, um langfristig strategisch planen zu können und andere polizeiliche Bereiche nicht mit Mehrkosten zu belasten.
- **Einsatz von Gesichtserkennungssoftware:** Es empfiehlt sich, bei der Konzeption zur Videoüberwachung öffentlicher Räume ein System von Gesichtserkennungssoftware auf Basis von KI zu implementieren.
- **Fundiertes Vorgehen bei Auswahl und Einsatz von SR:** Es gilt, auf wissenschaftlicher Basis die besonderen Fähigkeiten der Super Recognizer besser zu verstehen sowie die Effektivität ihres Einsatzes gegenüber herkömmlichen Methoden der Polizeiarbeit zu bewerten.



”

Um unsere Städte zu schützen, sollten wir uns zu Praktiken und Technologien austauschen, die sich in der Praxis bewährt haben.

Das Teilen gewonnener Erkenntnisse und von Good Practices auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene ermöglicht es uns, Schwächen zu erkennen, Risiken zu minimieren und Helsinki zu einer sichereren Stadt zu machen. SafeCi ist ein gelungenes Beispiel für eine internationale Zusammenarbeit, die es sich zum Ziel gesetzt hat, unser aller Sicherheit zu erhöhen.

Lasse Aapio, Polizeipräsident der Helsingin poliisilaitos

Finland

7 Sensibilisierungsstrategien zum Schutz öffentlicher Räume



Einleitung

Insbesondere mit Blick auf terroristische Anschläge wird deutlich, dass die für eine nachhaltige Sensibilisierung erforderliche Kommunikation und Information immer Teil einer umfassenden Kommunikationsstrategie sein sollte.

Die Sensibilisierung gegenüber unterschiedlichsten Gefahren, die unmittelbaren Einfluss auf die Sicherheit im öffentlichen Raum haben, kennen die meisten von uns. Beispiele sind Sicherheitshinweise im Flugzeug, Durchsagen zu unbeaufsichtigten Gepäckstücken, Brandschutzübungen oder Hinweise zum Umgang mit gefährlichen Krankheiten wie dem Coronavirus.

Eine Sensibilisierung in Bezug auf terroristische Straftaten ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, allein durch die Vielzahl an Anschlagformen. Die Sensibilisierung bezüglich sämtlicher möglicher Anschlagformen würde die meisten Menschen nicht nur überfor-

dern, sondern wahrscheinlich zu Verunsicherung und Ablehnung führen.

Es ist auch nicht einfach, die relevanten Inhalte festzulegen: Eine zu umfangreiche Thematisierung wird rasch als Panikmache verurteilt, während einer zögerlichen Informationspolitik schnell Verantwortungslosigkeit vorgeworfen wird. Gerade bei lebensbedrohlichen Gefahren neigen Menschen zu emotionalen Überreaktionen. Dies gilt es zu berücksichtigen und möglichst niederschwellige, einfache und lebensnahe Hinweise zu erarbeiten, die auf breite Akzeptanz stoßen.



Vor diesem Hintergrund wird sich die Betrachtung von Sensibilisierungsstrategien im Rahmen des SafeCi-Projekts mit verschiedenen Formen der Kommunikation auseinandersetzen sowie deren Einbettung in eine ganzheitliche Kommunikationsstrategie erörtern.

Eine Richtlinie (2018/1972 **EECC**) des Europäischen Rates und des Europäischen Parlamentes verpflichtet die EU-Staaten, bis zum Jahr 2022 technische Lösungen zur flächendeckenden Warnung der Bevölkerung zu implementieren.

Sensibilisierungsstrategie

Eine mehrschichtige, planvolle und zielgerichtete Vorgehensweise zur Beeinflussung der Reaktion von Menschen auf bestimmte Situationen. Sie stützt sich auf zwei wesentliche Säulen: eine effiziente Kommunikation und eine zielgerichtete Information. Dabei geht es sowohl um den akuten Moment einer Gefahr, als auch um die Zeiträume davor und danach.



Herausforderungen

Grundlage für die nachhaltige Sensibilisierung der Bevölkerung zum Umgang mit lebensbedrohlichen Lagen ist eine wirkungsvolle Strategie aus Risiko- und Krisenkommunikation.

Risikokommunikation:

- + Überwiegend Prävention: Aufbau eines zielgerichteten Gefahrenbewusstseins
- + Offene, transparente und glaubwürdige Problem-Ansprache
- + Praktische und theoretische Hinweise
- + Etablierung einer Vertrauens- und Kommunikationsbasis
- + Voraussetzung für eine erfolgreiche Krisenkommunikation

Krisenkommunikation:

- + Maßgeblich Schadensbegrenzung: Erhöhung der Chancen, im Anschlagsfall die Meinungs- und Deutungshoheit zu behalten sowie Spekulationen und Panik vorzubeugen
- + Grundprinzipien: Schnelligkeit (aktiv, frühzeitig), Wahrhaftigkeit (sachlich, transparent, wahr), Verständlichkeit (kurz, einfach, unkompliziert, bildhaft) und Konsistenz (einheitlich, koordiniert, kontinuierlich) (Quelle: BMI 2014)

Entscheidend ist: Die individuelle Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger muss auf eine einheitliche, sachliche und problemorientierte polizeiliche Strategie treffen, die weder verunsichert, noch überfordert oder belanglos erscheint.

Entwicklung einer Strategie

Ein Gesamtkonzept der Sensibilisierung – über Einzelmaßnahmen hinausgehend – soll es ermöglichen, Anschlagsvorbereitungen durch klare Sicherheitsregeln und gesteigerte Aufmerksamkeit schneller zu erkennen und zeitnah zu reagieren. Vorteil eines solchen Konzepts: Einmal etablierte Kommunikationsformen lassen sich immer wieder erweitern, verändern oder erneuern, ohne das Rad jedes Mal neu erfinden zu müssen.

Für die erfolgreiche Umsetzung einer Sensibilisierungsstrategie sind fünf Ebenen entscheidend: Ziel, Zielgruppe, Inhalt, Medium und Zeitraum. Wer soll auf welchem Wege mit welchem Inhalt zu welchem Zeitpunkt erreicht werden, und welches Ziel wird damit verfolgt?

Ein Mittel, um eine solche Strategie im Vorfeld zu analysieren, ist die aus der Betriebswirtschaft stammende SWOT-Analyse. Sie stellt vereinfacht die Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken einer Maßnahme dar.

SWOT-Analyse am Beispiel von Gepäckhinweisen an Flughäfen und Bahnhöfen

Stärken

- Leicht erreichbare Zielgruppe, zahlreiche vorhandene Kanäle, klarer Bezug zur Zielsetzung, zeitnahe Sanktionierungsmöglichkeiten von Fehlverhalten, einfache Erfolgskontrolle.

Schwächen

- Sprachbarrieren bei Reisenden, möglicher Gewöhnungseffekt, mangelnde Aufmerksamkeit bei gestressten Reisenden.

Chancen

- Veränderung der Aufmerksamkeit in Bezug auf eigenes und fremdes Gepäck, Entlastung von Sicherheits- und Einsatzkräften, Senkung der Erfolgsaussichten von Anschlägen durch Kofferbomben sowie von Taschendiebstahl.

Risiken

- Eine Übersensibilisierung könnte zu erhöhter Nervosität und Überreaktion führen, verstärkte Meldungen bereits leichter Verstöße, stärkere Belastung von Sicherheitskräften durch erhöhtes Fallaufkommen.

Auswahl der passenden Maßnahmen

Präventive Maßnahmen müssen einerseits mit der Zeit gehen, andererseits aber auch weiterhin klassische Kanäle bespielen. Jede Kommunikation und jede Information haben ihren Adressaten und ihr Zeitfenster.

Mögliche Maßnahmen und Kanäle:

- + Polizeiliche Beratung zur Terrorprävention
- + Flyer und Broschüren
- + Außenwerbung durch Poster, Plakate und Anzeigetafeln
- + Internetkampagnen – Informationsmaterial
- + Kurzfilme und Teaser
- + Upload Pages/Dark Pages
- + Soziale Medien
- + E-Learning-Angebote
- + Location-based Services

Auch Apps bieten vielseitige Möglichkeiten für Sensibilisierungsmaßnahmen sowie für die Kommunikation vor, während oder nach einem terroristischen Anschlag:

- + Warn-Apps
- + Notruf-Apps
- + Polizei-Apps
- + Messenger-Apps

Grundsätzlich gilt: Eine allumfassende und nachweislich erfolgreiche Strategie zur Sensibilisierung der Bevölkerung gegenüber lebensbedrohlichen Gefahren wie terroristischen Anschlägen gibt es wahrscheinlich nicht. Zahlreiche Einflussfaktoren wie die Bereitschaft der Menschen, polizeiliche Hinweise ernst zu nehmen, die individuellen medialen Nutzungsgewohnheiten und die aktuelle Gefährdungslage entscheiden maßgeblich über Erfolg oder Misserfolg von Kommunikationsmaßnahmen.

Sensibilisierungsstrategien Kommunikation – Information					
Kategorie	Risikokommunikation	Krisenkommunikation			
Kanal	Polizeiliche Beratung	Location Based SMS		Polizeiliche Beratung	
		Notruf Apps	Cell Broadcast	Flyer, Broschüren	Upload-portale
	E-Learning-Angebote	Dark Pages			
	Kurzfilme & Teaser	Interne Messenger			
	Flyer, Poster, Broschüren	Warn-Apps			
	Öffentliche Anzeigetafeln				
	Informationswebseiten				
	Rundfunk, Fernsehen, Zeitschriften				
	Polizei Apps				
	Soziale Medien				
Zeitebene	Vor einem Anschlag Sensibilisierung, Information, Prävention		Während eines Anschlages Warnungen, Hinweise, Informationen		Nach einem Anschlag Schadensbegrenzung, Betreuung, Information



Citizen Cop

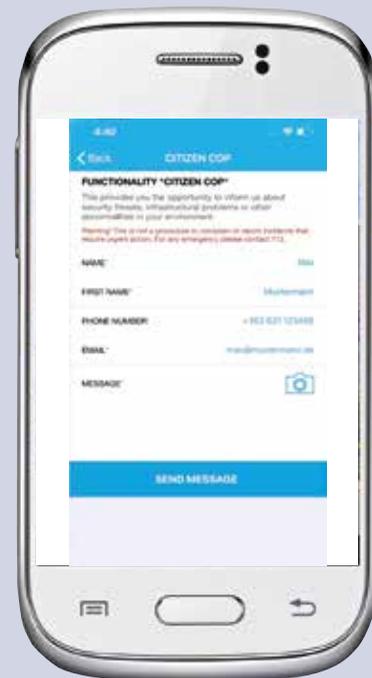
Die Funktion „Citizen Cop“ ist Teil einer umfangreichen App der Luxemburger Polizei mit dem Slogan „The Police in your Pocket“.

Adressaten: Bevölkerung.

Ziel: Zeitnahe Mithilfe (Sammeln von Hinweisen und Beweisen).

Methode: Anwender können Verdachtsmomente zeitnah, einfach und ungefiltert übertragen. „Verdrängungsmomente“, wie sie bei Menschen zeitversetzt häufig auftreten, werden so vermieden.

- Bilder und Texte lassen sich per Klick direkt an die Polizei zu übermitteln.
- Die App ist nicht vollständig anonym (vorherige Registrierung mit Name, E-Mail und Telefonnummer ist erforderlich).
- Eine professionelle Weiterverarbeitung der Informationen wird ermöglicht.
- Zusätzlich bietet die App Push-Meldungs-Optionen, um Aufrufe an die Bevölkerung zu senden sowie Gerüchte in Gefahrensituationen zu dementieren.



KATWARN

KATWARN wurde vom Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS) im Auftrag der öffentlichen Versicherer Deutschlands entwickelt und ist bereits seit 2011 verfügbar.

Adressaten: Bevölkerung (im Gefahrenfall)

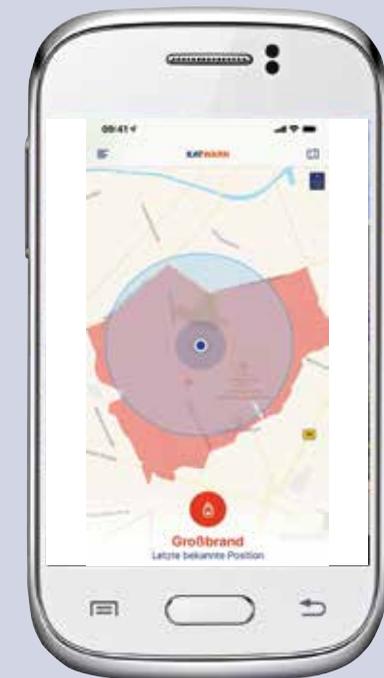
Ziel: Alarmieren, Warnen, Anleiten, Betreuen

Methode: Die App bietet kurze, knappe Informationen zu Gefahrenlagen und Handlungsanweisungen unmittelbar und während einer Gefahrenlage. Sie teilt den Nutzerinnen und Nutzern offizielle Warnungen per Push-Meldung mit.

- KATWARN ist auch an das modulare Warnsystem (MoWaS) des Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und an den Deutschen Wetterdienst angebunden.
- Es können Warnungen für den aktuellen Standort und/oder für sieben ausgewählte Orte empfangen werden. Ergänzend wird eine grafische Kartendarstellung des betroffenen Gebietes angezeigt.
- Warnmeldungen lassen sich aus der App heraus über soziale Medien und weitere installierte Apps teilen.
- Nutzerinnen und Nutzer können sogenannte The-

men abonnieren (z.B. ausgewählte Anlässe und Großveranstaltungen). Die Funktion befindet sich noch im Entwicklungsstadium (bisher nur auf der Webseite und auf hessenWARN verfügbar).

- KATWARN kann auch von Unternehmen und sonstigen Einrichtungen für interne Warnungen ihrer Kundinnen und Mitarbeiter genutzt werden.
- Auf Basis der KATWARN-Technologie wurde ein Helfersystem mit der App KATRETTET entwickelt.
- Auch im Ausland können Warnungen über Roaming-Technologie für den aktuellen Aufenthaltsort empfangen werden, wenn dieses Land, wie Österreich, ebenfalls das KATWARN-System einsetzt.
- Die EU-Kommission nutzt für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das internationale Warnsystem EU-WARN, das auf KATWARN basiert.



Good Practice | Schweden



If crisis or war comes

Das schwedische Heimatschutzministerium (MSB) hat eine etwa zwanzigseitige Broschüre „If crisis or war comes“ entwickelt.

Adressaten: Bevölkerung.

Ziel: Vorbereitung auf Krisenereignisse.

Methode: Die Broschüre wurde an alle schwedischen Haushalte versandt. Zu bedenken ist allerdings, dass die Broschüre in Schweden schon seit langer Zeit verlegt wird – in anderen europäischen Ländern könnten ein solcher Titel und der Versand an alle Haushalte möglicherweise missverstanden werden.

- Enthält Hinweise zum Verhalten in Krisenszenarien wie bei Terroranschlägen, im Verteidigungsfall oder beim Ausfall essenzieller Versorgungskapazitäten. Außerdem Notrufnummer und Informationen zu staatlichem Krisenmanagement und Möglichkeiten der persönlichen Vorbereitung.
- Bietet nützliche Hinweise und macht Menschen bewusst, dass wir nach wie vor in einer unsicheren Welt leben.



Good Practice | Vereinigtes Königreich



Die ACT-Kampagne des NaCTSO

Das National Counter Terrorism Security Office (NaCTSO) im Vereinigten Königreich hat im Rahmen seiner ACT-Kampagne (Action Counters Terrorism) eine Reihe von Informationsangeboten zum Verhalten in schweren Gewaltsituationen veröffentlicht.

Adressaten: Primär Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Einrichtungen mit hohem Besucheraufkommen (wie Einkaufszentren, Fußballstadien, Veranstaltungsorte), religiöse Einrichtungen, Schulen).

Ziel: Information, Prävention, Mithilfe, richtiges Verhalten im Ernstfall.

Methode: Die britische Regierung blickt in Sachen Sensibilisierungsstrategien auf langjährige Erfahrung zurück. Die Kampagne informiert über aktuelle Gefahrensituationen und Möglichkeiten zum Erkennen von verdächtigem Verhalten sowie angemessenem Reagieren im Ernstfall. Sie bietet außerdem Links und Erläuterungen zu Möglichkeiten anonymer Hinweis-erstattung.

Beispiele von Maßnahmen im Rahmen der Kampagne:

- Die Filmreihe „If you see something, say something“ sensibilisiert gegenüber ungewöhnlichem Verhalten in Alltagssituationen.
- Die Kampagne „Run, hide, tell“ hält u.a. speziell für Schülerinnen und Schüler konzipiertes Anschauungsmaterial bereit.

Handlungsempfehlungen

Eckpfeiler für Sensibilisierungsstrategien zum Schutz öffentlicher Räume:

- **Übergeordnete Strategie:** Medien und Inhalte sollten in einem Gesamtkonzept miteinander kombiniert werden. Ein exzellentes Beispiel ist die britische ACT-Kampagne.
- **Breites Multi-Channel-Portfolio:** Ein umfangreiches und sorgfältig abgestimmtes Maßnahmenspektrum, das über viele etablierte Kanäle reicht, bietet die größte Chance auf nachhaltige Ergebnisse.



- **Bündelung der Zuständigkeiten:** Ein erster Schritt in Richtung einer soliden Gesamtstrategie ist es, Zuständigkeiten auf ausgewählte Expertenschultern zu verteilen.
- **Kombination der Kommunikationskanäle:** Um die Bevölkerung graduell und anlassbezogen zu informieren, sollten verschiedene Kanäle durchdacht kombiniert werden.



Das europäische Projekt SafeCi trägt auf einzigartige Weise dazu bei, die Sicherheit in unseren Städten zu erhöhen. Seitens der luxemburgischen Behörden wird das Projekt sehr geschätzt.

Das allgemeine Rechtsverständnis und demzufolge auch die Wahrnehmung von Polizeiarbeit basiert auf einer übergeordneten europäischen Idee.

Philippe Schrantz, Generaldirektor Police Lëtzebuerg

Luxemburg

Glossar

Betriebliches Kontinuitätsmanagement (BKM): Mittel zur Identifizierung von Schwachstellen und Gefahren und entsprechende Entwicklung von Gegenmaßnahmen, um elementare Prozesse zu schützen oder nach Schädigung wiederherzustellen sowie alternative Abläufe bereitzustellen.

Big Data (Massendaten): Big Data bezeichnet besonders große Datenmengen, welche zumeist komplex, schnelllebig und schwach strukturiert sind und für deren Auswertung und Analyse spezielle Technologien notwendig sind. Der Begriff Big Data wird auch als Umschreibung der genutzten Technologien zur Auswertung der Datenmengen benutzt.

CBRN (Chemical, Biological, Radiological, Nuclear): Internationale Abkürzung für den Sammelbegriff chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer (Gefahren-) Stoffe.

EECC: EU Richtlinie (EU) 2018/1972. Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation.

Eintrittswahrscheinlichkeit: Errechnete oder geschätzte Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes Ereignis in einem räumlichen Bezugsgebiet in einem definierten zukünftigen Zeitraum eintritt – in der Regel nicht exakt bestimmbar (nur Annäherung mittels qualitativer oder quantitativer Methoden oder eine Kombination aus beiden Ansätzen erreichbar).

Entfluchtung: (Bei Großereignissen oder in Notfällen) Fortführung von Menschenmengen aus einer Gefahrenzone. (DUDEN Online).

Gefahr: Zustand, Vorgang, durch dessen Einwirkung Schaden an einem Schutzgut entstehen kann. (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe).

Interdependenz: Die gegenseitige vollständige oder partielle Abhängigkeit von Gütern oder Dienstleistungen. (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe).

Intervention: offensive Maßnahme zur Gefahrenabgrenzung, insbesondere zum Einschränken der Aktions- und Angriffsfähigkeit der Täter.

Kritikalität: Relatives Maß für die Bedeutsamkeit einer Infrastruktur oder ihrer Komponenten in Bezug auf die Konsequenzen, die eine Störung oder ein Funktionsausfall für die Aufrechterhaltung der Gesamtdienstleistung und letztlich für die Versorgungssicherheit der Gesellschaft mit wichtigen Gütern und Dienstleistungen insgesamt hat. (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe).

Need-to-know-Prinzip (auch Erforderlichkeitsprinzip): Eine Person, auch wenn diese grundsätzlich auf geheime Daten/Informationen Zugriff hat, soll ausschließlich auf unmittelbar für die Erfüllung einer konkreten Aufgabe dieser Person benötigte Informationen zugreifen.

Perimeterschutz: Umfasst alle Maßnahmen zur Sicherung von Liegenschaften (z. B. Landschaftsgestaltung, bauliche oder technische Maßnahmen). Hauptziele sind, unerwünschten Personen und Fahrzeugen den Zutritt zu erschweren sowie ausreichend Abstand zwischen öffentlichem Raum und zu schützendem Objekt zu schaffen.

Resilienz: Transformativer, sich stetig wiederholender Prozess, mit dem Ziel, Ressourcen für kritische Systemfunktionen aufzubauen, um die Auswirkungen von Störeeignissen abzumildern und so die kontinuierliche Bereitstellung der Grundfunktionen der kritischen Infrastruktur zu gewährleisten.

Risiko: Im Kontext von Terroranschlägen bezeichnet das Risiko die Eintrittswahrscheinlichkeit x Schadensausmaß.

RPA/S (Remotely Piloted Aircraft/System): Im internationalen Kontext verwendeter Begriff für unbemannte Luftfahrzeuge, die von einer extern steuernden Person (Pilotin beziehungsweise Pilot) ferngesteuert werden.

Schadensausmaß: Höhe der bei einem Ereignis voraussichtlich eintretenden Schäden – schwer zu beziffern (geringe Eintrittswahrscheinlichkeit gegenüber regelmäßig hohem Schadensausmaß).

Super Recognizer: Personen, die über eine überdurchschnittliche Kompetenz bei der Verarbeitung und Erkennung von Gesichtern verfügen.

SWOT-Analyse: Begriff aus der Betriebswirtschaft; Analyse von Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken (Strengths, Weaknesses, Opportunities, Threats).

UAS (Unmanned Aerial System): Ein im internationalen Kontext verwendeter Begriff für unbemannte Luftfahrzeuge in Verbindung mit ihrer Steuerungseinheit.

UAV (Unmanned Aerial Vehicle): Im internationalen Kontext verwendeter Begriff für unbemannte Luftfahrzeuge (umgangssprachlich: Drohnen), die ferngesteuert werden oder autonom navigieren.

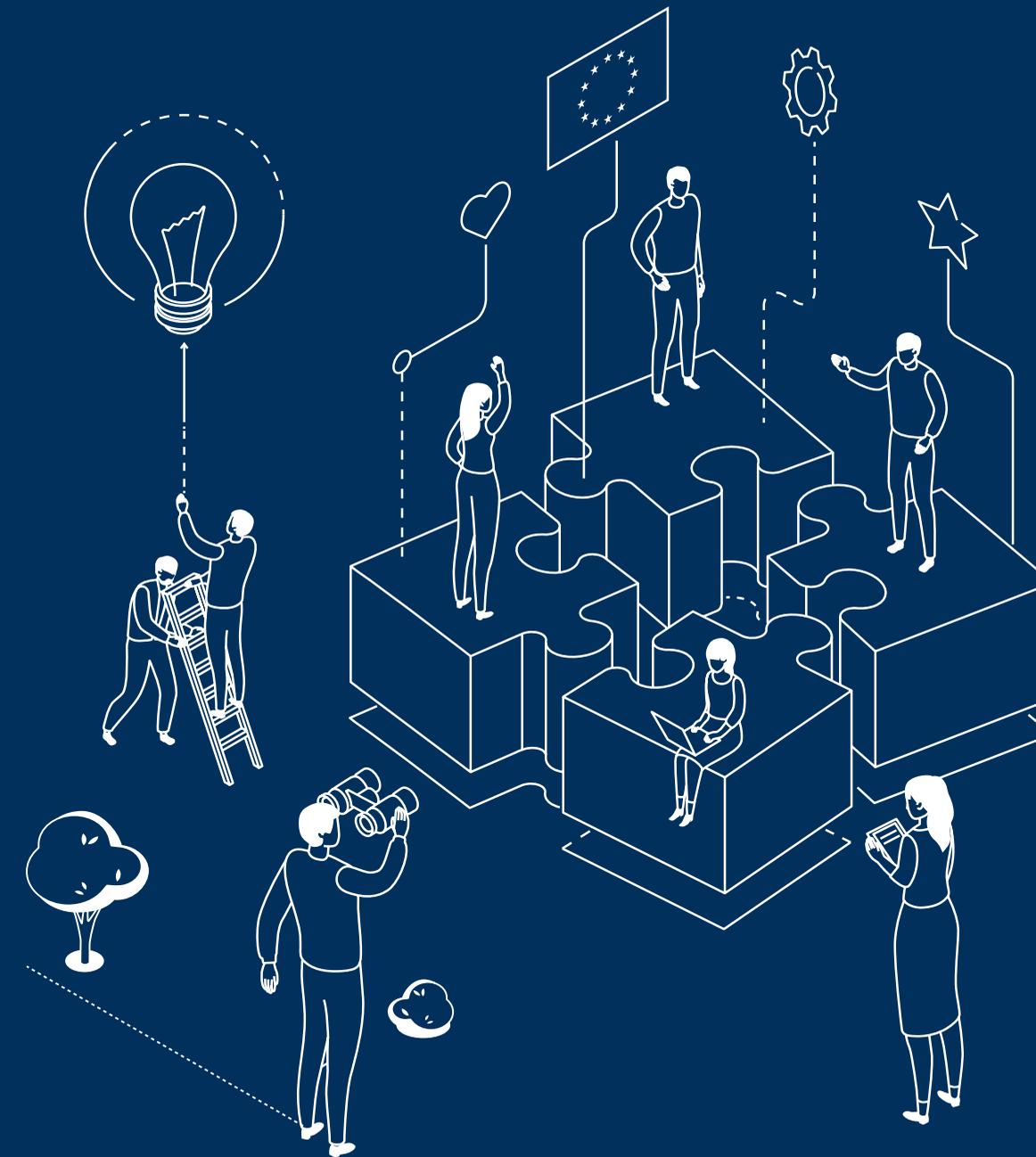
Vulnerabilität (Verwundbarkeit, Verletzlichkeit): Maß für die anzunehmende Schadensanfälligkeit eines Schutzgutes in Bezug auf ein bestimmtes Ereignis.



Die Bedeutung von Projekten wie SafeCi liegt vor allem in der Vernetzung und im Austausch von Erfahrungen. Netzwerke und der Informationsaustausch sind Schlüsselinstrumente, wenn es darum geht, zeitnah auf aktuelle Sicherheitsbedrohungen zu reagieren und zu lernen, wie man ihnen am besten begegnet. Projekte wie SafeCi helfen uns dabei, unsere Bürger wirkungsvoll zu schützen.

Jan Švejdar, Polizeipräsident der Policie České republiky

Tschechische Republik



Bildnachweise

Seite 12: Polizei Berlin
Seite 26: Polizei Berlin
Seite 30: Polizei Berlin
Seite 33: Polizei Berlin
Seite 36: Polizei Berlin
Seite 39: West Yorkshire Police, Project Servator
Seite 40: MDR Umschau
Seite 43: National Vehicle Threat Mitigation Unit
Seite 54: Polizei Berlin
Seite 57: Polizei Berlin
Seite 60: stock.adobe.com/prostock-studio

Seite 61: Police Finland
Seite 62: Polizei Berlin
Seite 63: Polizei Berlin
Seite 65: Polizei Berlin
Seite 69: Fraunhofer Institut für offene Kommunikationssysteme FOKUS
Seite 69: Direction générale Police Luxembourg
Seite 74: Direction générale Police Luxembourg
Seite 75: Fraunhofer Institut für offene Kommunikationssysteme FOKUS
Seite 76: Swedish Civil Contingencies Agency (MSB)

Impressum

Herausgeberin:

Polizei Berlin
EU-Projekt SafeCi – Safer Space for Safer Cities
Platz der Luftbrücke 6
12101 Berlin

Website:

www.berlin.de/safeci

Konzept:

Christian Eggert, Juliane Joswig, Nancy Kehrberg

Autorinnen:

Holger Albrecht, Daniela Braun, Patrizia Haynes,
Sven Nagel, Max Hornberger, Sarah-Marisa Wegener

Redaktion:

Ernestine von der Osten-Sacken
Kommunikation

Illustration:

Sebastian Köhnke, april Agentur

Gestaltung:

indigo Kommunikationsdesign

Druck:

Königsdruck, Berlin

Redaktionsschluss: Februar 2021

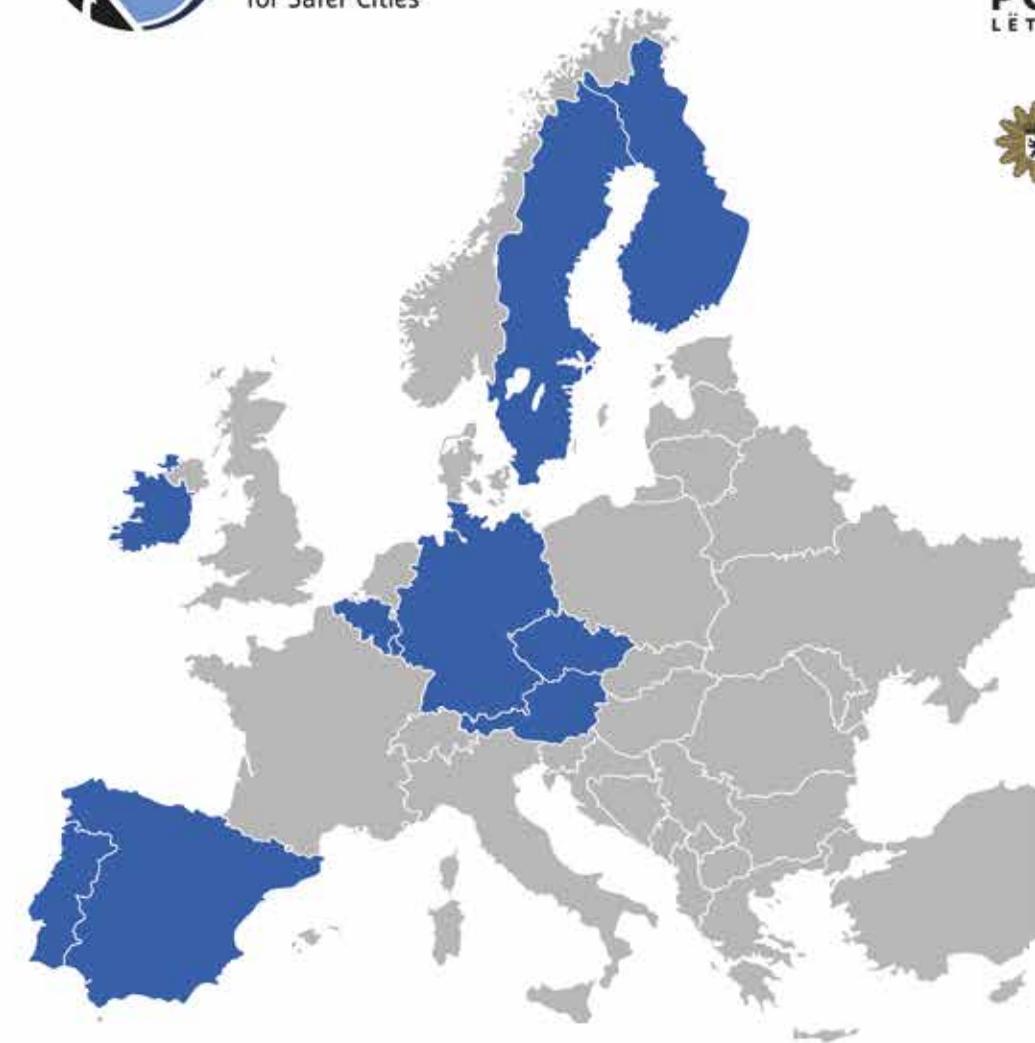
The content of this handbook represents the views of the author only and is his/her sole responsibility.
The European Commission does not accept any responsibility for use that may be made of the information it contains.

Ausblick

Bei dem vorliegenden Werk handelt es sich um die Kurzfassung des Handbuchs „Europäische Handlungsempfehlungen zum Schutz öffentlicher Räume gegen terroristische Anschläge“.

Die Langversion beinhaltet eine Vielzahl weiterer europäischer Best Practices, die ausführlich beschrieben werden. Darüber hinaus wird jedes Themenfeld theoretisch vertieft und es werden konkrete Handlungsempfehlungen zum Schutz öffentlicher Räume vorgestellt.

Die Langversion wird im Mai 2021 veröffentlicht. Europäische Polizei- und Sicherheitsbehörden können die Langversion über die Herausgeberin bestellen.





Funded by
the Internal Security Fund – Police
of the European Union



www.berlin.de/safeci